

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags an Sonn- und Festtagen am Vormittag. Der Abonnementpreis beträgt bei freier Zustellung im Jahr für Deutschland 1,20 M., bei auswärtiger Zustellung 1,50 M., bei Einzelbestellung 10 Pf. Der Zustellungspreis beträgt 4 Pf. Die „Freiheit“ ist in allen Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen.

Preis für die Abnehmer: 10 Pf. Kleinanzeigen: das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Kreuzungsschlag 50 %. Bei Familien- und Vereinstellungen halber Preis. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, Geschäftsstelle: Amt Norden 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Straßentämpfe in Berlin.

### Das Verbot der „Freiheit“.

Am Sonntag wurde uns durch den Wachhabenden der Befehlsstelle der „Freiheit“ mündlich eröffnet, daß das Erscheinen der „Freiheit“ auf Anordnung des Reichswehrministers Roske bis auf weiteres verboten sei. In diesem vom Generalkommando Küttwig, einer der Reichshauptstädte der letzten Zeit, ausgefertigten Befehl waren Gründe für das Verbot nicht angegeben. Statt dessen lasen wir im gestrigen „Vorwärts“:

„Die „Freiheit“, die „Republik“ und die „Berliner Neue“ sind vorläufig verboten worden. Zweck dieses Verbots ist, zu verhindern, daß die diesen Zeitungen zugänglichen Teile der Bevölkerung zu gewalttätigen Handlungen gegen die Regierungstruppen verleitet werden und dadurch das Blutvergießen vermehrt wird. Selbstverständlich ist nicht beabsichtigt, diese Blätter dauernd zu unterdrücken, sie werden sofort wieder freigegeben werden, sobald die Gefahr, daß durch ihr Weiterhalten weitere Verluste an Menschenleben herbeigeführt werden könnten, beseitigt ist.“

„Inwieweit dieses Verbot auch die „Freiheit“ betrifft, ist nicht bekannt. Das Verbot der „Freiheit“ ist weder rechtlich noch sachlich begründet, und daß die verlegene Begründung, die der „Vorwärts“ verleiht, äußerst blamabel für die Urheber des Verbots ist, das Verbot ist am Montag wieder aufgehoben worden. Das Verbot gegen die „Republik“ wird aber ausdrücklich aufrechterhalten, ob auch das gegen die „Neue Berliner“, ist uns nicht bekannt.“

Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen eine derartig kraße Verletzung der Pressefreiheit, die die Regierung bei ihr gedenken. Blättern mit allen Mitteln zu schaden sucht. Weder der Belagerungszustand noch das Standrecht geben irgendeinem Militärbefehlshaber das Recht, ohne eine Angabe von Gründen und ohne jede Veranlassung das Verbot einer Zeitung auszusprechen. Selbst unter dem Belagerungszustand während des Krieges waren gegen derartige Rechtsbrüche Garantien geschaffen worden. Insbesondere mußte jedes Verbot die Angabe von Gründen enthalten. Daß das Verbot der „Freiheit“ nach 24 Stunden rückgängig gemacht wurde, ändert an der Tatsache der kraßen Willkür nichts. Der Geist, der augenblicklich die Regierung und ihre militärischen Organe beherrscht, wird außerdem zur Geulige dadurch beleuchtet, daß man zwar das Verbot gegen die „Freiheit“ aufgehoben hat, es dagegen für die „Republik“ ausdrücklich bestehen läßt, obwohl auch hier keine Gründe angegeben werden können.

### Die Beschüßer der Pressefreiheit.

Am Sonntag wurde am Büchingsplatz ein Radfahrer von den Regierungstruppen angehalten. Etwa 2000 Exemplare der „Freiheit“ und der „Republik“ wurden ihm abgenommen und vernichtet. Ähnliche Vorfälle werden uns aus den verschiedensten Gegenden Berlins berichtet. Das deutet darauf hin, daß die Regierungstruppen nach einem einheitlichen Plane handeln und das Verbot ihres Oberbefehlshabers Roske bereits in die Tat umsetzen, bevor es erlassen war.

### Eine zutreffende Kritik.

Unter dem Titel „Sieg und Sturz“ heißt Hans Deuk in der „Welt am Montag“ die Regierungstruppen, die die Unruhen in Berlin nicht nur nicht vermeiden, sondern direkt herbeigeführt haben.

Er sagt darin: „Wir müssen in die Sieges hymnen Roskes einen Misthaufen bringen und klipp und klar aussprechen, daß dieser Sieg Roskes den Sturz der gegenwärtigen Reichsherrschaft besiegelt hat.“

Schon deshalb kann diese Regierung nicht am Ruder bleiben, weil sie die Schuld trägt an dem Zustande, der zur ersten Revolutionskämpfe geführt hat.

Bestreiten kann sie diese Schuld nicht. Als sie am vorletzten Sonntag endlich sich auftraf — damals schon zu spät —, tat sie es unvollkommen, ungenügend. Ihr großer Anruf an die Nation, der am Sonntag erschien, wickelte ein paar Ansätze an sozialistischer Politik in einen Schwamm jener Redensarten ein, die wir seit Monaten bis zum Erbrechen genossen haben, und selbst jene „Ansätze“ waren verworren und wirkungslos. Man darf noch einen Schritt weitergehen. Die sozialistischen Minister wären doch, was ihnen die Rede in Berlin erst

abgezogen hat, ihrer Partei und ihrer eigenen Vergangenheit auch dann schuldig gewesen, wenn jene Bewegung nicht vorhanden gewesen wäre. Die nun eingeleitete Sozialisierung großer Betriebe und Gewerbegebiete hätte längst dahin gebracht sein müssen, wo sie jetzt durch den Sturz aus Berlin angelangt ist. In der Frage der Arbeiterräte vollends haben sozialistische Regierungsmitglieder noch in den letzten Wochen das Wort von der Hand gewiesen, was sie nun zugestanden haben. Nach dem Vorschlag und dem wohlbegründeten Gewohnheitsrecht parlamentarischer Regierungen muß eine Regierung zurücktreten, die sich in so wichtigen Fragen selbst widersprechen muß.

Kurz, das Bild der Schuld der sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung ist als zu vollständig, als daß sie irgendwo entlastet werden könnten. Sie müssen das Feld räumen. Ja, man muß von ihnen selbst die Einsicht von dieser Notwendigkeit fordern, diese Forderung an sie stellen als die ihrer eigenen Sache und Partei, zu der ich mich bekenne.“

Hans Deuk ist einer von den Wenigen, der auch jetzt unter dem Launen des Belagerungszustandes den Mut hat zu sagen, man die Schuld, man die Verantwortung. Wir weisen besonders darauf hin, daß Deuk noch keinem eigenen Befürworter der rechtssozialistischen Partei ist.

### Das Standrecht in Berlin.

Berlin, 9. März. Der Oberkommandierende in den Marken, Reichswehrminister Roske, erließ heute folgende Anordnung:

Die Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingt mich zu folgendem Befehl:

Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpft, ist sofort zu erschließen.

Am Sonntag sind verschiedentlich Personen sofort standrechtlich erschossen worden, die teils mit der Waffe in der Hand, teils beim Wüthens festgenommen wurden.

### Die „Volksmarine-Division“ unter Kriegsrecht.

Ämlich wird bekanntgegeben: Die Volksmarine-Division ist aufgelöst. Jeder frühere Angehörige der Volksmarine-Division, der noch mit der Waffe in der Hand betrogen wird, wird nach Kriegsrecht behandelt.“

### Die Mörder endlich verhaftet.

Wie die bürgerliche Presse nach dem Ausbruch des Generalstreiks zu berichten wußte, sind Kapitänleutnant v. Pflug, Garitang, Hauptmann v. Pflug, Garitang, Oberleutnant Vogel und Leutnant Liepmann auf Veranlassung des Kriegsgerichts der Garde-Kavallerie-Schützen-Division verhaftet worden.

Selbstverständlich ist es nur Zufall, daß die Mörder von Liebknecht und Luxemburg erst nach Ausbruch des Generalstreiks verhaftet worden sind. — Aber mit der Verhaftung allein ist es nicht getan. Wir glauben und zu erinnern, daß auch im alten Deutschland einstmal ein Herr Gulemburg verhaftet wurde, ohne daß es jemals zu einer Verurteilung kam, obwohl seine Schuld einwandfrei feststand. Wann also dürfen wir die Verhandlung gegen die Mörder erwarten?

### Der Leipziger Generalstreik beendet.

Leipzig, 10. März. B. L. V. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat eine Bekanntmachung erlassen, in der die Arbeiter, nachdem der Generalstreik beendet und die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen behoben sei, aufgefordert werden, die ihnen ausgehändigten Waffen und Munition sofort wieder abzugeben.

### Wiederaufnahme der Lebensmittelverhandlungen.

Warschau, 10. März. Der Waffenstillstandskommission eine Note übergeben, aus der hervorgeht, daß die unterbrochenen Verhandlungen der Lebensmittelkommission am 13. März in Brüssel wiederaufgenommen werden sollen.

### Einhalt dem Morden!

Der Tod rast durch die Straßen dieser Stadt, seit Tagen gebiert der Schrecken neue Schrecken, und unerhörte Opfer fallen nutzlos, sinnlos.

Die entsetzlichen Vorfälle stehen mit dem Generalstreik in gar keinem andern als einem bloß zeitlichen Zusammenhang.

Der Generalstreik war bei der erregten Stimmung der Arbeiterklasse kaum zu vermeiden. Die Vorgänge im Ruhrgebiet, die Bewegung, die Mitteldeutschland erfasst hatte, hatte auch die Berliner Arbeiterklasse in steigende Unruhe versetzt. Wie stark der Drang war, den streikenden Genossen im Reich zu Hilfe zu eilen, beweist die Tatsache, daß sehr viele Betriebe schon die Arbeit einstellten, ehe noch die Vollversammlung der Arbeiterräte die Arbeitsruhe formell beschlossen hatte. Die Erregung war so groß, daß auch die rechtssozialistischen Vertreter trotz des Widerstandes eintreten mußten, sollten sie die Verbindung mit den Arbeitern behalten.

Aber darüber bestand völlige Uebereinstimmung, daß der Streik in voller Ruhe, ohne jede Gewaltanwendung durchzuführen sei.

Mußte sich doch auch jeder Vernünftige sagen, daß Gewaltanwendung absolut sinnlos wäre und den Erfolg der Bewegung von vornherein gefährden würde. Gerade der ruhig durchgeführte Streik mußte die Unfähigkeit der herrschenden Koalition, das Wirtschaftsleben in Ordnung zu bringen, und neu zu beleben, dartun und den Beweis erbringen, daß nur eine vom Vertrauen des gesamten deutschen Proletariats getragene Regierung wahrhaft regierungsfähig ist. Die Vertrauensmänner der Berliner Arbeiterklasse waren also die Letzten, die ein gewalttätiges Vorgehen, planlose Gewalttaten billigen konnten.

Daß es anders gekommen, ist nicht ihre Schuld, und wie es anders gekommen, bedarf noch sehr der Aufklärung. Fest scheint nur zu stehen, daß der Ausgangspunkt in der rivalität zu suchen ist, die zwischen den einzelnen Truppenteilen seit längerer Zeit besteht. Die republikanische Soldatenwehr und die Volksmarine Division wühlten sich zurückgesetzt, von der Auflösung bedroht und waren von Erbitterung gegen die neu gebildeten Freiwilligenformationen erfüllt.

Bei den Zusammenkünften vor dem Polizeipräsidium kam es zwischen Teilen der Soldatenwehr, die den Auftrag hatten, den Platz zu säubern und den Reinhardt-Truppen, die das Präsidium besetzt hielten, zu Konflikten und zu Schießereien.

Der Anlaß wird verschieden dargestellt und ist noch nicht geklärt. Es entwickelten sich heftige Kämpfe; der Mob mischte sich ein, es kam zu Plünderung und Diebstahl. Die Regierungstruppen gingen, nachdem sie Verstärkungen erhalten hatten, mit aller Schärfe vor. Aber auch ihre Gegner erhielten Zugang, und seit Tagen wird unaufhörlich in den Straßen gekämpft.

Und wie gekämpft! Alle Großkampfmittel sind in Anwendung. Artillerie, Flieger, Minen speien Verderben über die unglückliche Stadt, töten ohne Auswahl Kämpfende und Unbeteiligte. Es ist entsetzlich!

Und als ob es an all dem Schauerhaften noch nicht genug wäre, wird es noch Grauenhafteres berichtet: Gefangene Regierungssoldaten und Polizeibeamte sollen mißhandelt und getötet worden sein. Die Presse veröffentlicht ihr von militärischer Seite zugegangene Berichte, die von einem Massenmord an 50 oder gar 150 Polizeibeamten in Lichtenberg erzählen. Die Nachricht, die die größte Aufregung und erregte Blut ausgelöst hat, ist zum Glück unwahr. Und es ist eine Gewissenlosigkeit, die Erregung der Bevölkerung noch in solcher Weise zu steigern. Aber es soll nicht geleugnet werden, daß infolge des unheiligen Krieges eine Kose und Mißachtung des Wertes von Menschenleben in erschreckender Weise um sich greifen hat.

und daß in diesen krieglichen Kämpfen Dinge vorkommen, von denen sich jeder menschlich Fühlende mit Trauer und Frauen abwendet.

Der Krieg hat fürchterlich Schule gemacht, die Kriegspolizei hält noch allzu viele gefangen. Die Mittel der Abwehr sind über alles Maß. Das Standrecht ist verhängt und die Erschießung aller, die mit der Waffe in der Hand ergriffen werden, ist jetzt geltendes Recht!

Als ob es an alledem nicht genug wäre, hat eine maßlose Hebe gegen unsere Partei eingeleitet. Es ist aber eine Infamie, für diesen Ausbruch sinnloser Wut, an dem neben politisch Verbitterten und Verblendeten allerlei dunkle Elemente teil haben, eine politische Partei verantwortlich machen zu wollen. Daß die Unabhängige Sozialdemokratie nichts mit solchen Gewalttätigkeiten zu tun hat, daß sie sie verurteilt und nur Massenaaktionen, die von dem Willen der großen proletarischen Mehrheit getragen sind, als politische Mittel anerkennt, sollte nicht erst gesagt zu werden brauchen.

Aber auch der Kommunist Herzfeld hat in der Vollversammlung der Arbeiterräte für seine Partei erklärt, daß sie mit dem gewalttätigen Vorgehen nichts zu tun hat.

Nützlich ist, daß über die Vorgänge möglichst bald eine umfassende Untersuchung angestellt wird, die alle Zusammenhänge aufdeckt. Hat die Regierung noch einen Rest von Vernunft, so wird sie eine mit allen Garantien der Unparteilichkeit ausgestattete Untersuchungskommission einsetzen, die restlose Klarheit schaffen kann.

Vorkämpfer scheinen allerdings die bürgerlichen und Regierungskreise mit allen Mitteln die Stimmung gegen die radikalen Arbeiterkreise ausnützen zu wollen. Wir möchten dringend warnen, diesen Weg weiter zu verfolgen. Wir wollen nicht die Versäumnisse und schweren Fehler der Regierung aufzählen, die ihre Mitschuld, daß es so weit gekommen, dazum. Aber sie sollte sich sagen, daß der „Sieg“, den zu erringen ihr die sinnlosen Gewalttaten Gelegenheit gegeben haben, wahrlich wenig bedeutet in der Entscheidung über die großen Probleme der revolutionären Entwicklung. Auch die deutsche Kriegsführung bildete sich nach jedem einzelnen Sieg ein, daß ihr nunmehr die Entscheidung gewonnen sei. Es ist anders gekommen, und auch in der revolutionären Entwicklung sind solche Siege nur die Vorbereitung der endlichen Niederlage. Verhehung und Verbitterung ist nachgerade in der deutschen Arbeiterchaft genug angehäuft, die Regierung und die rechtssozialistischen Führer täten gut, sie nicht noch zu mehren.

Jetzt ist aber vor allem eines not: die Beendigung des Kampfes; der nutzlosen Opfer sind allzu viele gefallen, der blutige Wahnsinn hat allzu lange gedauert. Es ist genug, übergenug. Tut Einhalt dem Morden!

## Deutsche Nationalversammlung.

Obwohl wir uns durchaus noch nicht am Schluß des Tages befinden, was die letzte Ernte erzeugt hat. Die Interpellationen, die gestern die Nationalversammlung beschäftigten, fanden deshalb großes Interesse. Aber nicht die Not der Allgemeinheit ist die Ursache für die Interpellationen. Sie wollen vor allen Dingen den Aufbau der Zwangswirtschaft im Interesse des Handels und die Einführung des sogenannten Systems Roskoff im Interesse der Landwirtschaft.

Wie die Antwort des neuen Reichsernährungsministers Robert Schmidt zeigte, sind die Rechtssozialisten auch auf diesem Gebiete bereit, dem Bürgertum und den Junkern Konzessionen zu machen. So wenig wir das gegenwärtige Bewirtschaftungssystem für unanfechtbar halten, so sehr ist doch zu betonen, daß weder die Einführung des freien Handels noch die Forderung der Zwangserfassung im Sinne des Systems Roskoff Mittel sind, die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen.

Diesen Standpunkt vertrat Schmidt gegenüber auch Genosse Wurm, dem selbst seine Gegner auf diesem Gebiete besondere Sachkenntnis nachrühmen. Nach dem uns vorliegenden, sehr unvollkommenen Bericht sprach er sich mit Entschiedenheit für die Zwangsbewirtschaftung und gegen ihren Abbau aus. Die Ernährung des deutschen Volkes aus eigenen Erzeugnissen sei nur zu erreichen, wenn man großzügige Reformen in Angriff nehme und besonders vor der Sozialisierung der Landwirtschaft nicht zurückschrecke. Er verurteilte alle Maßnahmen gegen die Arbeiter, die mit Zwang in die Landwirtschaft zu treiben. Die Landwirtschaft könne nur geeignete und freiwillige Arbeiter gebrauchen. Gegenüber den Angriffen von Robert Schmidt, daß die Arbeiter an dem Zusammenbruch unserer Ernährung schuld seien, wies er nachdrücklich darauf hin, daß es seit Monaten feststeht, daß wir mit unseren eigenen Erzeugnissen nicht bis zur neuen Ernte reichen.

Aus den Verhandlungen ist ferner hervorgehoben, daß der Unterstaatssekretär Braun ausdrücklich betonte, er habe nicht den Eindruck gehabt, daß die Vertagung der Verhandlungen über die Lebensmittelinfuhr als ein Abbruch der Verhandlungen zu denken sei. Er zweifelt nicht daran, daß die Verhandlungen mit der Entente in kurzer Zeit wieder aufgenommen und zu einem Ergebnis führen werden. Dennoch scheint es sich bei der Nachricht über den Abbruch der Lebensmittelverhandlungen wiederum um eines jener berüchtigten Manöver des Herrn Erzberger zu handeln, der durchaus der deutschen Öffentlichkeit zeigen möchte, daß nur er zu Verhandlungen geeignet sei.

21. Sitzung vom 10. März, 2 Uhr nachmittags.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Mehrheitsparteien über den Stand der Ernährung.

Abg. Dr. Peterlen (Dem.) begründet die Interpellation. In Verbindung damit wird die Interpellation der beiden rechten Parteien, betreffend den Mangel an Arbeitskräften und landwirtschaftlichen Dünge in der Landwirtschaft, zur Besprechung gestellt. Sie begründet Abg. Dr. Semmler (Dsch. Nl.): Die Zwangswirtschaft muß nach den Verhältnissen von Dr. Roskoff abgebaut werden. Die Befreiung einer bestimmten Menge ist zu verlangen, im übrigen muß aber

Landwirten volle Freiheit gelassen werden. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Die beiden Interpellationen beantwortet Reichsernährungsminister Schmidt: Die Frage, ob unsere Ernährung bis zum nächsten Wirtschaftsjahr ausreicht, muß ich verneinen. (Hört, hört!) Wir hätten unsern Vollen mancherlei Möglichkeiten schaffen können, wenn wir die nötigen Kompensationen dafür hätten bieten können, und zwar Kohle, Eisen und Kali. (Hört, hört!) Das Verkehrswesen liegt darnieder, die Rohstoffgewinnung ruht auf ganz schwankenden Grundlagen, das Ausland will aber nicht unser entwertetes Geld, es will unsere Erzeugnisse. Sehen unsere Arbeiter nicht, daß in der letzten Zeit jeder Streik wachsende Schäden aufwirft, und daß sie selbst am schwersten darunter leiden müssen? Auch die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel wird immer mehr in Frage gestellt. (Hört, hört!) Verbrecherischer Weise ist vielfach der Lebensmittelverkehr durch Streiks unterbrochen worden. (Hört, hört!) Wenn dieser Zustand andauert, so weiß ich nicht mehr, wo ich die Versorgung der Großstädte regeln soll. (Hört, hört!) Ich kann die Verantwortung für die Ernährung der Städte nicht übernehmen, wenn auf der anderen Seite nicht endlich Vernunft und Einhalt zurückkehren. (Erneutes Hört, hört und Bewegung.) Der Schleichhandel reißt sich wie ein wilder Kampf, wenn die Notizen so hoch werden könnten, daß das Interesse an Schleichhandel fortfällt. Das kann ich leider nicht. Jeder Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter ist ein Verbrechen an der Nation, aber kein geringeres Verbrechen ist es, wenn den Landwirten gesagt wird: Ihr könnt auch streiken. Das sind die Spartaletten im Mund der Landwirte, und sie sind verantwortlich für das, was daraus entsteht. (Große Narade, Abg. Roskoff: Wo bleiben die Kohlen?) Können sie es beantworten, Herr Roskoff, wenn Sie im Mund der Landwirte die Rauten aufstreuen, wenn die Zwangswirtschaft nicht befreit wird, die Befreiung der Lebensmittel zu verhindern? Damit wird der Mund der Landwirte dem Volke sehr schlecht. (Widerspruch des Abg. Dr. Roskoff.) Ich muß leider die Fleischration auf den Stand vor der letzten Ernte wieder herabschieben. Ohne die massiven Schwarzschlachten wären wir vielleicht nicht dazu gekommen. Wahrscheinlich ist sogar die verminderte Ration nicht in jedem Fall zu sichern. Als Ersatz sollen Hülsenfrüchte gegeben werden. Nach Abschaltung der öffentlichen Sachverwaltungen sind in den vier Kriegsjahren 70 000 Menschen in den Städten mehr gestorben als in der Friedenszeit. Maßnahmen zur Aufhebung der Zwangswirtschaft sind eingeleitet für das Frühjahr und Herbst, für die auch die Einfuhr freigegeben werden soll, ebenso kommen Dergemüse, Sauerkraut und Salzgemüse in Betracht. In der Erhaltung der Hülsenfrüchte soll eine Veränderung in der Mischung eintreten, daß wir vielleicht nur einen Teil erfassen und das übrige freigegeben, ebenso sollen bei Getreide und Getreide über ein gewisses Quantum hinaus gewisse Ausnahmestücke gemacht werden. Vielleicht kann auch für Eier die Zwangswirtschaft, wenigstens zum Teil, aufgehoben werden, wenn der Verbrauch für die Bäckereien und Ausverkaufsstellen sichergestellt ist. Endlich wird zu erwägen sein, ob für die Zuckerbewirtschaftung eine Änderung derart eintreten kann, daß der Verbrauch der sogenannten Wundgüter, süßereisen, und was darüber hinaus geht, freigegeben wird. Dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Brot, Getreide bekämpfen. Das gleiche gilt bei unseren geringen Viehbeständen für die Fleischbewirtschaftung. Ich kann auch nicht verzichten auf die Butter-, Milch- und Käseproduktion und die Fleischproduktion. Nebenbei muß von der Kartoffel unter allen Umständen ein bestimmtes Quantum sichergestellt werden. Ich bin mir über die Wirkung der Freigabe gewisser Artikel für den Handel sehr wohl bewußt. Sie wird zweifellos übermäßig hohe Preise zur Folge haben, wenn es nicht gelingt, durch die Einfuhr den Preis zu decken, und das erwidert mir einseitig noch zweifelt. Ich erkläre aber heute schon: wenn diese planlosen Preissteigerungen und die unkontrollierte Ausnutzung der Angelegenheit, wie sie sich abspielen, so werde ich zu den Höchstpreisen zurückkommen. Ich halte es aber für notwendig, wenigstens einen Versuch zu machen und ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, auch schon deshalb, weil die ganze Autorität der Organisation der Verwaltung leider ins Wanken geraten ist und damit jeder auch die Unterlage für die Zwangswirtschaft zu einem guten Teile in Wegfall kommt. Die Lösung der Arbeiterfrage sehe ich in erster Linie in der Schaffung eines kleinbäuerlichen Besitzes, dem unter anderem durch den Ausbau genossenschaftlicher Einrichtungen die Möglichkeit gegeben wird, sich die technischen Fortschritte der modernen Landwirtschaft, also vor allem die Ausnutzung der Maschinen, zunutze zu machen.

Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt v. Braun gibt einen eingehenden Bericht über die Vorgänge der letzten Verhandlungen in Spa. Die genossenschaftlichen Vertreter wollten sich hauptsächlich auf eine Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln von Monat zu Monat einlassen. Wir haben ihre Absicht nach Paris aufgeführt als den Versuch, sich bei ihren Regierungen neue Informationen zu holen. Die Ergebnisse der letzten Tage haben die Wichtigkeit dieses Einbruchs bestätigt. Unsere Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Neue Verhandlungen werden kommen, und auf die Dauer wird sich die Welt den Verpflichtungen, die sie Deutschland gegenüber hat, nicht entziehen können.

Abg. Wurm (N. Soz.): Es gibt keine lächerlichere Phrase, als fest davon zu sprechen, den freien Handel wieder einzuführen. Wir können aus dem eigenen Boden nicht herauswirtschaften, was wir früher vom Ausland eingeführt haben. Wir brauchen heute noch auf allen Gebieten die Zwangswirtschaft und Rationierung, mehr noch als während des Krieges. Sollte man die Zwangswirtschaft aufheben, so ließe das den Schleichhandel legalisieren. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß auf dem Lande produzierte zu erfassen. Gerade hierzu ist erforderlich, das System der Bauern- und Landarbeiterernte auszubauen. Der Abbruch an das soziale Denken wird nicht helfen. Erst die Erziehung durch die neuen Schulen und das neue Zusammenleben wird die Menschen zum sozialen Denken bringen. (Sehr wahr! bei den N. Soz. — Rufe bei den Soz.: Spartaletten-Erklärung!) Auf die Früchte ihrer Politik, die 4½ Jahre die Menschen gelähmt hat, daß Norden ein Feldentum war, komme ich noch (Wurde bei den Soz.) Wenn die Landwirtschaft gesund sein soll, müssen die Menschenkräfte angereizt werden, die zum Landbau geeignet sind. Man kann man niemand dazu kommandieren, die Scheu der Arbeiter vor den landwirtschaftlichen Verhältnissen ist heute noch durchaus berechtigt. Darum sollte man solche Wege, wie von dem Reichsminister unterlassen. Die Statistik zeigt erschreckende Zahlen über die wachsende Sterblichkeit. Diese Hungertodesfälle werden verursacht durch die Streiks. (Bürcke: Durch Ihre Schuld!) Der Regierung ist schon seit Mitte Januar nahegelegt worden, die Forderungen zu berücksichtigen, die sie jetzt bewilligen will, nämlich die Arbeiterernte in der Verfassung zu verankern. Würde diese Einhalt früher gekommen, wäre es dies Uebel der letzten Zeit vermieden worden. (Widerspruch bei den Soz.) Wie wenig parteipolitisch diese Streiks waren, zeigt, daß alle Arbeiter daran teilnahmen. (Rechtlicher Widerspruch und Zurufe: Sie sind gesungen worden.) Mit Kraftmehl kann man große soziale Fragen nicht lösen; auch ohne die Streiks hätten wir uns nicht bis zur nächsten Ernte ernähren können. Jetzt sollen die Arbeiter aller Länder zusammenstehen, damit das deutsche Volk nicht zu büßen braucht, was seine Ärmere verurteilt haben. China Oble vom Ausland können wir nicht beschaffen. Amerika und Australien haben 1918 ein Rekordniveau in Weizen geerntet. Für 1919 wird eine noch größere Ernte erwartet. Amerika hat ein Interesse daran, seinen überschüssigen Weizen auf den Weltmarkt zu bringen; er wird auf den Export bereits von den Rüssen gezeichnet. Die übertriebenen Woffenstilstandbedingungen der

Entente widersprechen also dem eigenen Interesse Amerikas. Wir müssen uns vom Ausland unabhängig machen; dazu bedarf es aber einer gänglichen Umwälzung in unserer Landwirtschaft; der landwirtschaftliche Arbeiter muß vom Knecht zum freien Arbeiter werden. Auch in der Landwirtschaft muß sozialisiert werden. Fortschritte müssen wir an die Arbeiterschaft in allen Ländern appellieren, damit das deutsche Volk nicht verhungert.

## Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

1. Mitte Februar hatte die Sozialisierungskommission der Reichsregierung einen vorläufigen Bericht über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues mit der Bitte unterbreitet, ihn sofort zu veröffentlichen. Dieser Bitte ist die Regierung erst jetzt nachgekommen. Sie steht aber davon ab, der Öffentlichkeit den Bericht vollständig zu unterbreiten und begnügt sich mit der Verbreitung eines nicht immer ganz einwandfreien Auszuges.

Der Bericht der Kommission zerfällt in zwei Hauptteile, in den Bericht der Kommission selbst und in den Bericht der Kommission mündlichkeit. Daneben enthält er eine Einleitung, sowie einen Bericht über die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses und der Lohnfragen, die von Mehrheit und Minderheit gemeinsam abgefaßt worden sind. Der Kommission gehören an die Professoren Ballod, Franke, Lederer, Schumpeter, Wilbrandt und Dr. Vogelstein, ferner Paul Umbreit, Gué, Cunow, Silberding und Kaustky.

Der erst nach Ausbruch des Generalstreiks von der Regierung ganz plötzlich vorgelegte Gesetzentwurf über die Sozialisierung will lediglich die Verteilung des rheinisch-westfälischen Kohlenfonds und die Preisfestsetzung durch das Reich. Die Befugnisse der Regierung bei dieser Verteilung des Kohlenfonds soll einem Reichskohlenrat übertragen werden, bei dem neben den Arbeitern und Vertretern der Regierung auch die Unternehmer beteiligt sein sollen.

Am Gegenstand diesem Entwurf der Regierung, der nicht einmal eine völlige Verantwortung im bisher schon bekannten Sinne darstellt — die Unternehmer sollen nicht ausgeschlossen werden —, bedeutet der Vorschlag der Sozialisierungskommission einen völligen Bruch mit dem Staatskapitalismus und festem Kapitalismus. Die Kommission spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die gegenwärtige Organisation des Staatsbergbaues aus, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspricht. Sie ist einmütig der Auffassung, daß die ganze Behördenorganisation schwere Hindernisse für eine wirtschaftliche Ausnutzung der Bergwerke bedeutet. Deshalb lehnt die Kommission jede Ausdehnung des staatlichen Betriebes als unwirtschaftlich ab. Der Wettbewerb zwischen Staatsbetrieb und Privatbetrieb habe gezeigt, daß die Bureaupolitik mit der Privatindustrie auf wirtschaftlichem Gebiete nicht konkurrieren könne. Außerdem vertritt auch die Kommission die Auffassung, daß eine einfache Sozialisierung des Bergbaues betrachtet werden könne.

Mit der Kommission in diesen Feststellungen durchaus einig, so geben die Meinungen über das Maß und die Form der Sozialisierung, die gegenwärtig in Vorschlag zu bringen seien, auseinander. Hier scheidet sich die Kommission in eine Mehrheit und eine Minderheit. Es ist bemerkenswert, daß die Minderheit nur aus Professor Franke und Dr. Vogelstein besteht. Kaustky, der während der Abfassung des Berichts von Berlin abwesend war, hat sich nachträglich mit dem Mehrheitsbericht einverstanden erklärt.

Der Bericht der Mehrheit bekräftigt eine sehr weitgehende Sozialisierung. Ihr Vorschlag geht von dem Grundgedanken aus, daß das deutsche Wirtschaftsleben eines neuen Aufbaues bedürfte und daß man die schwere Krise, in die uns der Krieg gestürzt hat, nur durch planmäßige, großzügige Maßnahmen überwinden könne.

Der Mehrheitsbericht weist den Vorschlag, durch Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte den Wiederaufbau der Wirtschaft zu betreiben, ab. Der Gedanke, daß die Herrschaftsperiode des privaten Kapitals zu Ende sein müsse, der Gedanke des Sozialismus in den mannigfaltigen und wie angegeben sei, auch in veränderten Formen, erfüllt die Köpfe. Auch eine freie kapitalistische Wirtschaft muß mit dieser Tatsache rechnen und an dem Widerstande der Arbeiterchaft, an ihrer Ablehnung, in privaten Betrieben für den Gewinn der Unternehmer zu arbeiten, würde eine Epoche freier Konkurrenz scheitern.

Aber auch einen anderen Weg: den der Organisation des Kapitals zum Staatskapitalismus und Staatsbetrieb, weist der Mehrheitsbericht als unökonomisch und politisch unmöglich zurück.

Deshalb bleibt nach Auffassung der Kommission nur die dritte Möglichkeit, nämlich die Sozialisierung, die sich bei aller Berücksichtigung der gegenwärtigen schwierigen Lage entschlossen auf den Boden des sozialistischen Prinzips stellt. Diese Sozialisierung kann nur „von unten her unter Mitwirkung der Arbeiterchaft“ erfolgen, denn diese sei sich ihrer Unentbehrlichkeit für den Arbeitsprozeß mit größter Deutlichkeit bewußt geworden. Das bringt freilich, wie die Mehrheit der Kommission glaubt, die Gefahr, daß die Arbeiterchaft jedes Betriebes den Besitz an den Produktionsmitteln beansprucht. Demgegenüber betont aber die Kommission ausdrücklich die Notwendigkeit einheitlichen Vorgehens. Die Wünsche der Arbeiter gehen dahin, zu verlangen: Demokratie in den Betrieben mit einheitlicher Leitung der ganzen Industrie, das Kapital als herrschende Macht auszuschalten und Aufbau der Unternehmungen und Wirtschaftstätigkeit auf den schaffenden Verhältnissen. Dies aber bedeutet die Sozialisierung. Deshalb fordert auch die Mehrheit der Kommission die völlige Verstaatlichung des Kohlenbergbaues unter Ablehnung aller Kompromisse vor.

Die Kommission ist ferner der Meinung, daß gerade die Schwierigkeiten der Wirtschaftslage einen klaren, festen Entschluß fordern und empfindet daher unter Ablehnung aller Kompromisse eine Lösung, in der die sozialistische Idee schon heute in einer Form realisiert wird, welche dem Höchstmaß unserer organisatorischen Entwicklung entspricht.

Der Plan der Kommissionsmehrheit zeigt ebenfalls folgende leitende Gesichtspunkte: Der gesamte deutsche Kohlenbergbau soll zu einem einheitlichen Leistungsfähigen Wirtschaftsförderer umgeformt werden. Die privaten Unternehmungen ebenso wie die des Staates geben in das Eigentum des Wirtschaftsförderers über. Es entsteht eine große gemeinwirtschaftliche Kohlenorganisation, deren Wirtschaft durch Arbeitskraft, Betriebsleitungen und die Allgemeinheit geführt werden.

Aus diesem Plan deutlich hervorgeht, lehnt es die Kommissionsmehrheit ab, den Kohlenbergbau in einen bürokratischen Staatsbetrieb zu überführen. Ebenso lehnt sie es ab, das privatkapitalistische System zu erhalten und es lediglich einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen. Vielmehr soll nach ihren Vorstößen die Organisation so gestaltet werden, daß der Initiative der Leitung, der Arbeitsfreudigkeit aller in dem Betriebe Tätigen der weiteste Spielraum gegeben wird. Die Organisation würde also nicht nur die Kräfte frei zur Entfaltung bringen, welche die reichen Ergebnisse des privatkapitalistischen Systems zeitigten, sondern auch die innere Anteilnahme des letzten Arbeiters am Erfolg des gemeinsamen Wertes wecken und damit das Prinzip des Sozialismus verwirklichen.

### Die Mittenfälle in München.

München, 7. März.

Die Pressenabteilung des Zentralkomitees veröffentlicht einen längeren Bericht über das bisherige Ergebnis der Untersuchung wegen des Mittenfalls auf Eisener und über die Vorgänge im Landtag. In dem Bericht, dessen Abfassung durch den Staatsanwalt Holz und den Vorsitzenden des Volksgerichts erfolgte, wird u. a. ausgeführt:

Der Mörder Eisners ist der Leutnant Anton Graf Arco auf Wolkau, geboren 1869 in Oesterreich. Gegenüber den umlaufenden Gerüchten wird betont, daß die Persönlichkeit des Täters als die des Grafen Anton Arco ungewiss ist. Eine sofort vorgenommene Durchsuchung der Wohnung Arcos ergab, daß er dort Aufzeichnungen neuesten Datums zurückgelassen hatte, die die Absicht erkennen lassen, einen Anschlag auf das Leben des Ministerpräsidenten zu verüben. Arco ist geflüchtet, den Ministerpräsidenten persönlich und mit Überlegung getötet und ihm zu diesem Zweck auf dem Gang zum Landtag eingetauscht zu haben. Als Beweggrund gibt er an, er habe die Teilnahme Eisners an den Regierungsgeschäften für ein Unglück für Bayern gehalten. Da mit dem freiwilligen Rücktritt des Ministers nicht zu rechnen gewesen sei, habe er sich entschlossen, ihn gewaltsam zu beseitigen.

Noch eingehend gepflogenen Erhebungen ist es wahrscheinlich, daß Graf Arco sich zu der Tat ohne Verbindung mit Dritten und ohne Beeinflussung Dritter entschlossen und sie auch allein ohne Beteiligung Dritter ausgeführt hat.

Das zweite der eingeleiteten Untersuchen beschäftigt sich mit der Auffklärung der Verhältnisse im Landtagsgebäude. Auf Grund zahlreicher Vernehmungen steht u. a. fest, daß ein Mann den Eshangsal betrat, dem Minister Arco ein Schimpfwort zurief und aus nächster Entfernung auf den Minister zwei Schüsse abfeuerte. Major von Jähres stellte sich dem Täter entgegen, wurde aber sofort durch einen Schuß in die Halsgegend niedergestrichen. Der Jähres feuerte, ehe er den Saal verließ, noch mehrere Schüsse ab. Es besteht die dringende Annahme, daß Abgeordneter Osel von einem dieser Schüsse getroffen wurde. Die Persönlichkeit des Täters ist festzustellen; es handelt sich um den Lehrgänger Alois Lindner, geboren 1887 in Reilheim. Lindner konnte bis jetzt nicht festgenommen werden. Maßnahmen zur Ergreifung sind in umfangreicher Weise eingeleitet.

### Die künftige deutsche Armee.

Paris, 7. März. Diplomatischer Situationsbericht. Der Oberste Kriegsrat nahm heute grundsätzlich die Vorschläge Lloyd Georges an, wonach Deutschland die Bedingung auferlegt werden soll, ein Heer von nur 15 Divisionen zu halten, das sich ausschließlich aus Berufssoldaten zusammensetzen soll, die sich für 12 Jahre freiwillig verpflichtet haben. Der Militärausschuß erhielt den Auftrag, einen entsprechenden Text auszuarbeiten, der am Montag dem Rat vorgelegt werden wird.

### Wieder ein neuer Präsident!

Aus Stuttgart wird der bürgerlichen Presse freudbestäubend mitgeteilt, daß nun auch der „Vollstaat“ Würtemberg seinen Präsidenten hat. Gemählt ist der bisherige Ministerpräsident Wilhelm Hoesl. Einstmals war Hoesl Revolutionär und schrieb die Geschichte der 1848er Revolution. Heute führt er den kapitalistischen Vollstaat vor dem revolutionären Proletariat.

### Rücktritt des Eisenbahnministers.

Berlin, 8. März. (B. T. V.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten Hoff hat, nachdem die Einberufung der Landesversammlung über den urchprünglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt vertagt werden mußte, seine Entlassung erbeten, sich jedoch auch Wunsch der preussischen Regierung weigert, sich jedoch auch Wunsch der preussischen Regierung weigert, sich jedoch auch Wunsch der preussischen Regierung weigert.

### Der zweite Häfelongreß.

Berlin, 8. März. (B. T. V.) Der Zentralrat hat in verschiedenen Sitzungen die für den Häfelongreß nötigen Vorbereitungen getroffen. Er hat eine besondere Ausschusskommission gewählt, die alle den Kongreß betreffenden Angelegenheiten erledigen soll. In den nächsten Tagen werden Tagesordnung und Versammlungsort bekanntgegeben.

### Die Wahlen in Bremen.

Sonntag fanden die Wahlen zur bremischen Nationalversammlung statt; die Wahlbeteiligung war um etwa 6 Prozent geringer als bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung. Es erhielten die Unabhängigen 28 000, die Demokratischen 48 000, die Kommunisten 11 000, die Reichslisten 20 000, der Landesverband (Vereinigte Reichspartei) 18 000, die Christliche Volkspartei 2500, die Gewerbetreibenden 6500, die Angehörigen der 2000 Stimmen.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Unabhängige 20, Reichslisten 20, Kommunisten 14, Demokraten 40, Reichspartei 27, Christliche Volkspartei 3, Gewerbetreibende 9, Angehörige 2.

Die Reichslisten hatten seit dem 18. Januar nur 30 000 Stimmen eingeholt. Die Kommunisten haben bei den deutschen Nationalwahlen bekanntlich nicht mitgewählt.

### Wahlen in Sachsen-Weimar.

Weimar, 10. März. Nach der Weimarer Landeswahlung stellt sich das bisherige Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen-Weimar wie folgt: Die Unabhängigen 14 000, Deutsche Demokratische Partei 24 335, Deutsche Nationale Volkspartei 22 287, Sozialdemokratische Partei 61 788, Deutsche Volkspartei 2265, das Zentrum 1144 Stimmen. Es fehlen noch etwa 100 000 Stimmen.

### Pichon über die polnische Lage.

Paris, 10. März. (Gazette.) Bei einem Empfang der fremden Journalisten erklärte Pichon:

Zwölftens: Man könne noch nicht daran denken, die Lebensmittelversorgung einzustellen, solange nicht die Ablieferung (Livraison) der Flotte begonnen haben würde.

Zwölftens: Die Friedenspräliminarien würden schneller unterzeichnet werden, als man dachte.

Drittens: Die vorkrieglichen Grenzfragen und die Frage der Jurisdiktionen Frankreichs seien gerecht und gemäßig und hätten keinen annexionsähnlichen Charakter.

Viertens: Alle Punkte des Vorkrieges von Lloyd George betriehe der Entwaffnung Deutschlands seien angenommen worden.

Fünftens: Die Verlierer der Kriegswelt (keine über die Spartaisten gesagt zu haben, aber um den Preis großer Zugeständnisse. Die Angliederung Oesterreichs an Deutschland könne sich nicht nur nach dem Willen der Oesterreicher und Deutschen vollziehen, sondern es läge einzig der Konkurrenz zu, darüber zu entscheiden. Es stünde fest, daß sie eine Entscheidung gegen den Willen der Deutschen treffen werde.

Sechstens: Betreffs der Schaffung eines rheinisch-westfälischen Staates als Pufferstaat hätten lediglich Vorgesprächen stattgefunden, ohne daß die Angelegenheit noch weiter geprüft wurde.

### Französische Gewerkschaften gegen Annexionen.

Bern, 9. März. (B. T. V.) Die französische Gewerkschaftsorganisation verurteilt die sehr lange Entscheidung, in der sie das Urbegehren, das ausschließlich in ganz Europa herrsche, dadurch erklärt, daß die Bevölkerung Europas von Annexionen nichts wissen wolle. Tatsachen, wie die bewaffnete Intervention gegen Rußland und die Vorkriegsfragen auf derlei Annexionen gewisser Gebiete der alten Weltmächte stellen ein Verstoß gegen die in der Weltanschauung der Arbeiterklasse gegen die Entente verankerten Grundsätze dar. Die Konferenz lehnt jede Verantwortung für die sozialen Ereignisse ab, die in dem Falle entstehen könnten, wenn die Vertreter der Friedenskonferenz den Völkern und die Wünsche der Arbeitermassen vernachlässigen und nicht dafür sorgen, daß der Friede endlich der Welt wieder Vertrauen gibt und das Recht auf Leben, Gesundheit und Freiheit der Völker in der ganzen Welt sichergestellt wird. Die Tagung wird nachher nachträglich auf der Durchsicht der von der Bremer Konferenz und den Gewerkschaften angenommenen Beschlüsse und Entwürfe in der internationalen Regelung der Arbeiterfragen innerhalb des Friedensbertrages.

### Rücktritt der dänischen Regierung.

Der Rücktritt des Ministeriums hat in erfolgt, da die Opposition die sofortige Aufgabe des Friedensregulierungsvertrages vom August 1914 verlangt hatte, das Ministerium des Innern unumschränkte Vollmacht auf dem gesamten Gebiet der Kriegswirtschaft gab. Da die Regierung nur den langfristigen Nachschub des Bedarfs zugestehen wollte, lehnte die Opposition den Rücktritt des Ministeriums ab, worauf die Regierung zurücktreten mußte.

Der König hat den Rücktrittsgesuch angenommen.

### Brutalitäten.

Nicht nur in Berlin haust die Kockgarde wie blutige Tiger, auch an anderen Orten arbeitet sie in derselben Weise. Aus Düsseldorf wird uns darüber eine Darstellung gegeben, der wir folgen und entnehmen:

Der Vorstand und die Delegierten des Arbeiterrats waren im Ständehaus bei ihrer Arbeit, als gegen 10 Uhr morgens mehrere Offiziere mit ihren Soldaten — alle bis an die Zähne bewaffnet — mit dem Ruf: „Gänge hoch!“ in das Zimmer drangen. Alle Anwesenden — darunter die Genossen Agnes, Podlewien, Weingärtner und Wiemann — wurden in Haft genommen. Nur die anwesenden Maschinenführerinnen wurden — mit einem vieltragenden Augenmerk des Offiziers — von der Festnahme ausgenommen.

Mittlerweile sind in der Stadt der Program der Bourgeoisie ein. Im Waisen von Offizieren wurden drei Genossen von dem Ständehaus vom seidenen Rob halbiert geschlagen. Das Blut floß in Strömen, aber, wie ein Offizier sich geschmackvoll und lächelnd ausdrücken belielte: Die Kerle bluten ja wie die Schweine. Nach einer Haft von mehreren Stunden wurde eine Anzahl der Festgenommenen wieder in Freiheit gesetzt. Was in der Stadt vorgeht, spielt jeder seine Schreibung. Eine Bande von Soldaten treibt den 10-jährigen Sohn und die fränke und schwache Frau eines bekannten Spartakisten unter Soldatenhänden über die Straße. Einer der Soldaten, welcher sich besonders „tapfer“ gezeigt hat, wird zum Gesellen befördert. Und vor den Augen des letzten Bürgertums werden die Knöpfe angefeuert.

Alle die Eingekerkerten der blutigen Bande hier anzuführen, würde zu weit führen. Es genügt das Wort eines Denunzianten, und schon hagelt es Knobelschläge über den Kopf.

### Die Straßenbahnen streiken weiter.

Wolff schreibt: Wie die Direktoren der Großen Berliner Straßenbahn mittelst sei an eine Wiederannahme des Betriebes vorläufig nicht zu denken, da die Angehörigen auf der unerschütterlichen Forderung: vorherige Entfaltung der streikenden Gruppen aus Berlin, bezahlung der Streiktagelöhne und Wiedereinstellung gemäßigter Angestellten bestehen.

### Ein General ohne Vertrauen.

Wie nach Bekanntgabe der Verfügung über die Neuregelung der Kommandogewalt, welche im ganzen Lande einen Proteststurm hervorgerufen hatte, hielt der kommandierende General des III. A. K. Freiherr v. Büttow, die Zeit für gekommen, seine alte Macht wieder aufzurichten und die Verfügung im strengen Sinne auszulassen. Dem Generalkommando aus dieser Verfügung an die Dienststellen und E-Mäte des III. A. K., welche der Zentral-Verwaltung des III. A. K. durchaus nicht gegenzeichnen konnte, weil dieselben darauf hinausgingen, den alten Kommandanten des III. A. K. wieder in die Hand zu geben und gleichzeitig die A- und E-Mäte, die Träger der Revolution, um ihren Einfluß zu bringen. Diese Maßnahmen riefen unter den gesamten Angehörigen des III. A. K. allgemeines Mißtrauen gegen den Kommandierenden General hervor. In einer am 28. Januar 1919 stattgefundenen Versammlung der E-Mäte des III. A. K. wurde dem kommandierenden General von 191 Delegierten, welche etwa 68 000 Mann vertraten, ein Mißtrauensvotum ausgeprochen und folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die Oberverwaltung wolle beschließen, daß der kommandierende General des III. A. K., Freiherr v. Büttow, und der Chef des Stabes auf Grund der Verfügung vom 21. Januar 1919 nicht das Vertrauen ihrer Untergebenen besitzen.“

Es ist zur Entlassung durch das Kriegsministerium dem Unterstaatssekretär Wöhre einzutreten.“

Und das Kriegsministerium? Es antwortete wie folgt: Berlin, den 12. Februar 1919.

Kriegsministerium Nr. 370, 2. 10. A. 1. I.

Unter Bezugnahme auf Ihre Eingaben vom 20. und 21. Januar 1919 habe ich dem Kriegsministerium mit, daß nach Prüfung der vorliegenden Akten kein Anlaß gegeben ist, dem General der Infanterie, Freiherr v. Büttow, von seiner Dienststelle zu entfernen.

Der Kommandierende hat in Ausführung des Erlasses der Regierung vom 10. Januar 1919 das Verlangen der dortigen Stellungnahme zu dem Erlass der Reichsregierung vom 10. Januar 1919 und den vom Generalkommando erlassenen Ausführungsbestimmungen befolgt. Das Kriegsministerium hat weitere Vor.

Der Kriegsminister, I. A.: gen. v. Welsch.

Der Unterstaatssekretär, gen. Wöhre.

So also sieht man im Kriegsministerium, daß über die Kommandogewalt auf einem Offizier wird von allen Vertretern seiner Soldaten das Vertrauen gekündigt — und das Kriegsministerium sagt, daß es kein Anlaß ist, ihn zu entlassen. Wir fragen: Wenn das kein Anlaß ist, was dann? Was ist ein Offizier wert, der nicht das Vertrauen seiner Soldaten besitzt?

Das Kriegsministerium aber, das in seinen offiziellen Kundgebungen immer den größten Wert auf das sogenannte „Vertrauensverhältnis“ zwischen Soldaten und Führern legt, erklärt durch diesen Fall, daß es keine Befehle erteilt, ob ein General das Vertrauen seiner Leute besitzt oder nicht. Das Kriegsministerium beweist dadurch, daß es gar nicht daran denkt, den demokratischen Aufbau des Volksherees, den es dauernd im Soldatenführer, in die Tat umzusetzen. Es denkt nur daran, die Soldatenräte zu knebeln und machtlos zu machen.

Im Falle Büttow aber hat es wohl noch ein ganz besonderes Interesse. Büttow nämlich, der Typus eines alten verfeinerten Offiziers, ist die rechte Hand des Reichsministers Kosse. Kosse selbst besitzt nicht einmal die Fähigkeit, militärische Aktionen in der Art von Berlin, Bremen, Osnabrück zu leiten. Er gibt nur seinen Namen dazu her. Die eigentliche Leitung liegt in den Händen des kommandierenden Generals Freiherrn v. Büttow. Um ein Bild von seinem Standpunkt zu bekommen, genügt es, wenn man weiß, daß er es war, der, als die Regierung beschloß, den Jahrgang 1890 zu entlassen, als erster energische Schritte unternahm, diese Maßnahme zu verhindern.

Inzwischen ist auf der Vollversammlung der Soldatenräte des III. Korps noch einmal wiederholt, besonders von der Garnison Spandau, seine Absetzung gefordert worden. In der Begründung sagte ein Soldat: „Der von der neueregelten Kommandogewalt nur einen Satz unterschreibt, habe kein Recht, Sozialismus im Felde.“

Das ist sehr richtig, aber das Kriegsministerium hat eben kein Recht, Sozialismus im Felde und will ihn auch gar nicht.

### Wie „Spartakistenumtriebe“ entstehen.

In Rügen wurde erschienen ein Teil zwei Werdeoffiziere vom Infanterieregiment 5 aus Stolp namens Dr. Walhoff und Schück. Sie waren Freiwillige für den Ostfeldzug und veranstalteten gleichzeitig eine Hausammlung zu demselben Zweck. Der dritte Arbeiter- und Bauernrat wies die Herren auf das von der Reichsregierung erlassene Verbot von Hausammlungen hin und beschlagnahmte den inzwischen eingesammelten Betrag von 1106 Mark, da die Legitimation der Herren höchst ungenügend waren. Anstatt die verlangte Legitimation von dem zuständigen Oberpräsidenten einzuholen, erschienen die Werbeoffiziere an der Spitze eines bis an die Zähne bewaffneten Quartetttruppens von 40 Mann wieder und erprekten von dem stellvertretenden Bürgermeister des Bürgermeisters die Herausgabe der Gelder.

Als ein Vertreter des Arbeiter- und Bauernrates zur Aufklärung dieses eigentümlichen Vorfalls mit dem Soldatenrat des Infanterieregiments 5 verhandelte, stellte es sich heraus, daß der Soldatenrat den beiden Werbeoffizieren die 40 Mann nur deshalb zur Verfügung gestellt hatte, weil die Herren ihm vorgeschwindelt hatten, in Rügenwalde seien „Spartakistenumtriebe“ im Gange, ihre Werbefähigkeit werde dauernd beeinträchtigt und 120 bereits angeworbene Freiwillige (in Wahrheit waren es ganze 3) würden an der Fronte mit Gewalt verhindert. Von dem beschlagnahmten Geld hatten die Herren nichts erzählt.

Eine Kundgebung des Arbeiter- und Bauernrates über diesen Vorfall sagt: „Die Herren Werbeoffiziere hätten es mit der Wahrheit nicht so genau genommen.“ Das ist sehr mißausgedrückt.

Wir stellen fest, daß sie ganz und unverjährt mit gelogen haben, was, da es sich um Werbeoffiziere handelt, ja nicht so sehr zu verwundern ist. Die Herren haben eben von ihrem Chef, Herrn Kosse, gelernt, der sich auch immer „Spartakistenumtriebe“ melden läßt, wenn er Gelegenheit haben will, „einzugreifen“. Nur verliert das „Eingreifen“ Kosse niemals so unblutig, wie dieser Miniaturputz in Rügenwalde.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred W. Kersch. Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, S. M. u. B., Berlin. — Druck der Linden-Druckerei und Verlags-Gesellschaft m. B. H., Schillstraße 10.

# Gewerkschaftliches.

## Otto Wels von seiner Gewerkschaft ausgeschlossen.

Die am 27. d. M. abgehaltene Verbandsversammlung der Berliner **Tapezierer**, die von circa 300 Mitgliedern besucht war, beschloß sie u. a. mit einem in einer früheren Versammlung gestellten Antrag, den ehemaligen Vorsitzenden **Otto Wels** wegen seiner belämmerten Handlungen als Berliner Stadtkommandant aus dem Verband auszuschließen. Wels, dem der Antrag vorher schriftlich übermittelte und der zur Versammlung eingeladen worden war, teilte in einem Schreiben mit daß er aus Zeitmangel verhindert sei, zu erscheinen. Vollständig gesinnigt sei er nicht. Er suchte dies zu beweisen durch den Hinweis auf ein Danktelegramm, das ihm wegen seines angeblichen Eintretens für die Kriegesgefangenen in Form eines Zigaretten zugangenen sei. Im übrigen könne über seinen Ausschluß aus dem Verband nur der Verbandstag bestimmen. Der Antrag auf Ausschluß **Otto Wels** wurde mit 123 gegen 54 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Vorher besaßte sich die Versammlung mit der redaktionellen Haltung der **Verbandszeitung**. Sie wurde scharf beurteilt. Wenn schon die Redaktion, die in den Händen des Mitglieds der Hauptverwaltung **Decker** liegt, die Veröffentlichung politischer Artikel für angeeignet halte, dann sollten sie nicht dem demokratischen Standpunkt des **Verbands** und des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften“, sondern dem revolutionären Geist vom 8. November entsprechen. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, in dem gegen die politische Haltung der Zeitung Protest eingelegt wird. Wenn dem Protest nicht Rechnung getragen werde, soll die Berliner Ortsverwaltung die Abnahme der Zeitung und die Verbreitung in Berlin verweigern.

## Zur Lohnbewegung der Brauereiangestellten.

Am 27. Februar hatten sich die Brauereiangestellten in den **Unions-Hallen**, Weißbader Str. 222, versammelt, um den Bericht des **Zentralverbandes der Handlungsbekleideten**, Sektion der Brauereiangestellten, über die Verhandlungen mit den Unternehmerorganisationen entgegenzunehmen. Die Angestellten hatten Entschuldigsummen bis zum Höchstbetrag von 1000 Mark gefordert. Die Unternehmer jedoch, die nachweislich vor und während des Krieges ungeheure Summen verdient haben, erklärten sich außerstande, ihren Angestellten mehr als 600 Mark Entschuldigsumme im Höchstfalle zahlen zu können. Dabei sollten noch die seit dem 1. 10. 18 als Entschuldigsummen gezahlten Beträge in Anrechnung gebracht werden. Bezeichnend hierbei ist, daß gerade die **Schultheißbrauerei**, die sich mit Stolz die größte Brauerei der Welt nannte, und die schon jahrelang ihren Aktionären 16 v. H. Dividende zahlte, auf die Anrechnung nicht verzichteten zu können zu glauben.

Die Versammlung ließ auch darüber, wie sie über das Verhalten der Arbeitgeber denkt, keinen Zweifel. Eine diesbezügliche Resolution gab ihrer Entrüstung bestigen Ausdruck. Wenn trotzdem die Annahme der bedeutend niedrigeren Entschuldigsummen und eines Gehaltsprovisoriums empfohlen wurde, ist dies darauf zurückzuführen, daß im Monat März Tarifverhandlungen stattfinden, die das gesamte Arbeits- und Lohnverhältnis von Grund auf regeln sollen. Dieser Tarif soll bis Ende März abgeschlossen und vom 1. 1. 19 ab rückwirkend sein. Auch die Arbeiter der Brauereien, die ebenfalls in Tarifverhandlungen stehen, erkennen die berechtigten Forderungen der Ange-

stellten an und erklärten, daß sie bei den kommenden Verhandlungen mit den Angeketteten Hand in Hand gehen werden.

## Reichstarif für Klavierarbeiter.

Vom deutschen Holzarbeiterverband war zu Montag, den 3. März, eine allgemeine Versammlung der Klavierarbeiter einberufen worden, um Stellung zu einem Reichstarif zu nehmen. **Döring** erläuterte den Entwurf. Danach sind 5 Tarifklassen vorgegeben. Berlin und Hamburg bilden die 1. Klasse. Hier soll der Durchschnittslohn für Arbeiter 2 Mark, für Arbeiterinnen 1,15 Mark betragen. Als untere Grenze sind 1,60 Mark bzw. 0,85 Mark vorgegeben. Die Arbeitszeit ist auf 48 Stunden wöchentlich festgesetzt. Mordarbeit ist zulässig. Werkzeuge müssen vom Arbeitgeber geliefert werden. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch paritätische Nachweise. Der Vertrag soll bis 15. Februar 1920 laufen.

Die Debatte verlief teilweise ziemlich hitzig. Namentlich von den zahlreich vertretenen Mitgliedern des lokalen Fachvereins wurde scharf opponiert. Der Generalstreik, wie überhaupt politische Momente spielten in der Aussprache eine überwiegende Rolle. Wichtig waren die Stimmen, die jede tarifliche Bindung ablehnten. Es gelte heute nicht mehr ein Kompromiß mit den Kapitalisten abzuschließen und deren Position damit auch neue zu festigen, sondern die Fesseln endgültig gesprengt zu werden. Dem Generalstreikführer wurde ihre verfehlte Politik während der Kriegszeit und vor allem das Partieren mit den Unternehmern in revolutionärer Zeit zum Vorwurf gemacht. Verlangt wurde eine Regelung der Urlaubstage; die Übernahme der Arbeitsnachweise durch die Arbeiter; die materielle Gleichstellung der Arbeiterinnen mit den Arbeitern zur Vermeidung von Lohnrückerei und gänzliche Abschaffung der Mordarbeit. Auch die Befürworter des Vertragens wußten zu sagen, wie sehr die Arbeiter zu deren Verbesserung. Aus dem Abstimmungsergebnis, das zumindest zweifelhaft war, glaubte der Versammlungsleiter eine grobe Mehrheit für den Tarif feststellen zu können, rief aber dadurch nur einen minutenlangen Proteststurm hervor, unter dessen Tönen die inzwischen geschlossene Versammlung sich allmählich verlor.

Die Chemigrphen Berlins nahmen am 28. Februar in einer überfüllten Versammlung in den **Arminienhallen** folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt zu dem Bericht über die Tarifausführung, daß das Resultat der Verhandlungen einen Hohn auf die Forderungen der Gewerkschaft darstellt. Die Versammlung beauftragt die Vertrauensleute und Betriebsräte, sofort eine Sitzung einzuberufen, um den Kampf im Gewerbe einzuleiten. Die Berliner Gewerkschaft ist gewillt, über die Abminderung hinwegzuschreiten und sich ihr Lebensrecht selbst zu holen. Die Zentralkommission soll eine sofortige Agitation im Reich entfachen, um eine einseitige Bewegung der Chemigrphen zu schaffen.“

## Bei der Redaktion eingegangene Druckschriften.

Von der „**Sozialen Wirtschaft**“, Archiv für die Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens, erschien vor kurzem die 2. Nummer. Sie enthält: Private Initiative und technischer Fortschritt von **Genossen Dr. Geiler**. Der Wert des Menschen als Wirtschaftsgut von **Genossen Dr. Kahle**. Bericht eines russischen Parteigenossen über die Genossenschaftspolitik der Sowjetregierung. Sozialisierung der Gemeindefirtschaft von **Stadt rat Dr. Grunspan**, der Konflikt der Sozialisierungskommission mit dem Reichswirtschaftsrat u. a. sozialwirtschaftliche Beiträge. Die **Soziale Wirtschaft** ist zum Preise von 2,50 M. durch die Post und den Verlag vierteljährlich zu beziehen. (Verlag **Zehlendorf-Wannseebahn**.)

**Kupferst. Monatschrift für das geistige Leben der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.** Zu beziehen durch **Wag Westphal, Hamburg 30, Jordmannstr. 26**. 1. Jahrgang 1919. Preis 7,20 jährlich, 1,50 M. vierteljährlich.

**Der Beerfeld**, (Hauptmann a. D.). **Richel**, nach auit Ein Mahnruf an das deutsche Volk. Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W. Ausgabe für den Buchhandel 1 Mark, Volksausgabe 30 Pfg.

**Berfassung der russischen sozialistischen liberalen Sowjetrepublik.** Verlag „Die Aktion“, Berlin-Wilmersdorf, 92 S., Preis 60 Pfg.

**Lenin.** Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Verlag der „Kommunistischen Bibliothek“, Berlin-Wilmersdorf, 82 S., Preis 1,60 M.

**Wag Dieckgräber.** Die neue Zeit. Betrachtungen über das werdende. 1. Bd. Kriem-Verlag, Berlin, 30 Seiten.

## Gute Bücher für den Ehestand

In mehr als 100 000 Familien verbreitet.

### Der Mensch

Werden, Sein und Vergehen, von **H. Tschersich**. Mit vier farbigen Tafeln und 270 Illustrationen. Preis geheftet 7,50 M., gebd. 10 M., ferner

### Mann und Weib

eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, stofflichen, ethologischen und kulturhistorischen Beziehungen von **Dr. E. Recluse**. Ein 470 Seiten starker Band, geb. 6 M., gebd. 8 M.

Eines der besten und glänzend regenerierten Werke ist

### Das Geschlechtsleben des Weibes

von **Frau Dr. Fischer Dückelmann**. 20 vermehrte und verbesserte Auflagen mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode. Preis geheftet 5 M., gebunden 6,50 M.

Für die junge Frau, die Mutter unentbehrlich, für jeden Gatten begehrtenswert.

Professor **Kohleber** nennt das begeistert aufgenommen, soeben in 3 Auflagen erschienene Werk

### Die aufgeklärte Frau

von **Truska Bogienski**. „Das Beste, das je über und für die Frau erschienen ist.“ Mit künstlerischen Illustrationen, die Frau in allen Lebenslagen. Geheftet 5 M., gebd. 6,50 M.

Wer gute Aufklärung haben will, der lese diese vorzüglichen Bücher. Männer und Frauen der Wissenschaft geben hier ihr Bestes an Lebenserfahrung. Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch:

**Bogler & Co., Berlin W 9, Köthener Straße 27, Abl. 8.**

## Theater und Vergnügungen.

**Volksbühne.** Theater am Bismarckplatz. Direktion **Friedrich Kaysers**. 7 1/2 Uhr **Gas.**  
**Dirktion Max Reinhardt**  
**Deutsches Theater**  
 7 Uhr: Was es auch heißt  
**Kammerspiele**  
 7 1/2 Uhr: **Fasching.**  
**Kleines Schauspielhaus**  
 Fasanenstr. 5, Portal 5. 7 1/2 Uhr: **Die Nichte der Pandora.**  
 Dir.: **C. Meinhard**, **R. Bernauer**  
**Theater I. d.**  
**Königgrätzer Str.**  
 7 1/2 Uhr: **Der Totentanz.**  
**Komodienhaus**  
 Schiffbauerdamm 26. u. 4. Neuen Wilhelmstr.  
 7 1/2 Uhr: **Erdgeist.**  
**Berliner Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Sterne, die wieder leuchten.**  
**Th. d. Friedrichstadt**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Drei tolle Tage**  
**Residenz-Theater**  
 Täglich 7 Uhr:  
**Das höhere Leben.**  
 Von **Hermann Sudermann.**  
**Trianon-Theater**  
 Bf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391  
 7 1/2 Uhr: **Der gute Ruf**  
 Von **Hermann Sudermann.**  
**Lessing-Theater**  
 Direkt. **Victor Barrowsky.**  
 7 1/2 Uhr: **Der blaue Hahn.**  
 Mittwoch: **Der blaue Hahn.**  
 Donnerstag: **Peer Gynt.**  
**Deutsches Künstler-Theat.**  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Nachtbeleuchtung**  
**Central-Theater.**  
 Die **Rose von Stambul**  
**Beussel-Obermanns-Obermanns.**  
 7 1/2 Uhr: **Aus Feuersnot.**  
 hierauf: **Exzelsior russland.**  
**Friedrich-Wilhelm-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: **Kannert.**  
**Das Dreimäderlhaus.**  
 II. Teil.  
**Kleines Theater.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Der Revolutionsd.**  
**Komische Oper.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Schwarzwaldmüdel.**

**Lustspielhaus.**  
 7 1/2 Uhr: **Die spanische Flaga**  
**Metropol-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: **Die Fachlingstea.**  
**Neues Operettenhaus.**  
 Schiffbauerdamm 44 Nordost  
 Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Die keusche Susanne**  
**Palast-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: **Christus**  
 mit **Ludwig Willner.**  
**Schauspieltheater Charlottenburg**  
 7 1/2 Uhr: **Anatol.**  
**Thalia-Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Polnische Wirtschaft.**  
**Theater am Nollendorferplatz.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Wo die Lerche singt.**  
**Theater des Westens.**  
 7 1/2 Uhr: **Madame Sherry.**  
**Wallner-Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Geisha**  
**Rosa-Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus**  
 Gastspiel d. **Friedrich Wilhelmst.**  
**Walhalla-Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Anus der Starke**  
**Casino-Theater.**  
 Lothninger Str. 37, Tägl. 7 1/2 Uhr:  
**Der Schlager der Spielzeit.**  
 Das neue Berliner Volksstück  
**Vater Knolle.**  
 Dazu ersteklassige Spezialität.  
 Sonntag 2 1/2 Uhr: **Die weiße Dame**  
**Wintergarten**  
 täglich 7 1/2 Uhr  
**Variétévorstellung**  
 Rauchen gestattet.  
**Mandolinen-, Lautenspiel,**  
**Gitarrenspiel.** 3-Monatskursus zur perloekten Ausbildung. 5. Monatskursus (10-stündige Schnellkurs).  
**Lehr-Instrumente** mit Klavier, Violon, Schnellkurs. **Ernst, Oranienstraße 166, III.**  
**Konversations-Lexikon** neu, von **Prof. Deussen** III. Bände 100 Mk., I Grammatikon trichierlos mit 2 wertvollen Schallplatten und 30 modernen Platten 150 Mk. Eine Geige ohne Kasten verkauft **Paul Wiesender**, Naunynstraße 21.  
**Harmonium** mit eingebautem Spielfapparat, auch ohne Notenkenntnis spielbar. 65 M. **Solobonapiano** 575 M. **Patentharmonium** 245 M. **Harmonium-Spielfapparat** 250 M. **Harmonium (ev. Ravenszahlung).** **Berger & Co., Oranienstr. 166.** Privatverkauf III. Etg.

## Partei-Sekretär.

Für den Wahlkreis **Eiberfeld-Barmen** wird eine erste Kraft, die organisatorisch und rednerisch befähigt ist sowie mit den einschlägigen Bureauarbeiten vertraut sein muß, als **Partei-Sekretär** gesucht. Geeignete Bewerber wollen Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit umschreiben einreichen. Gehalt nach Uebereinkunft. Offiziell an die

## Expedition der „Volkstribüne“

**Eiberfeld, Robertstraße 6.**

In unserem Verlage erschien:

### Leo N. Trotzky,

#### Der Krieg und die Internationale.

Diese Schrift des letzten Volkskommissars der russischen Sowjetrepublik ist in den ersten Monaten des Weltkrieges 1914 in der Schweiz veröffentlicht worden. Sie bildet eines der wichtigsten Dokumente der Arbeiter-internationale und hat wegen ihres gründlichen und gezielten Inhalts überall berechtigtes Interesse erregt. Nach Deutschland kam sie aber unter der Mitherrschaft nur wenige Exemplare auf heimischen Wegen gelangen. Jetzt liegt sie in **neuer unveränderter Ausgabe** vor.

Preis der 72 Seiten starken Schrift **1,50 M.**

Verlag der „**Lichtstrahlen**“, **Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde, Hedwigstraße 1.**

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Die neue Auflage von **Lenin, Staat und Revolution** (2. M.) ist ebenfalls erschienen.

## Vereinigung der Rechtsanwälte

Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstraße  
 die Rechtsauskunft d. großen Publikums!  
 Probeabteilung - Sprechzeit 9-5 Uhr.  
 Bisher gegen 120 000 Ratsschende.

**Landrichter, außerordentlich, Rechtsbeistand in allen erdenklichen Rechtsfällen, Gerichtsvertretung, Einlagen usw. Beratung kostenlos.** Lothringer Str. 47. **Müllerstr. 176.**

**Moderne Küchen, 7 teilig, sehr reich, 300 Mk.** Werkstätten 68. **Böhm, Mühlstr. 64.**

**Nachlässchen u. ein Kinderwagen zu verkaufen bei Helz, Kochmannstr. 33.**

## Zeitungsfrauen

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingekauft:

**Berlin:**  
**Glücklicher, Glöckner** Straße 32.  
**Glöckner** am Markt 19.  
**Neuzeit**, Scheunstraße 11.  
**Neuzeit**, Neuhofstraße 24.  
**Hefel**, Hedwigstr. 18.  
**Döring**, Finkenstraße 32.  
**Dörr**, Kleiststraße 2.

**Niederschönheide:**  
**Graff**, Mühlstraße 57.

**Lichtenberg:**  
**Gugel**, Köpenick 23.

**Charlottenburg:**  
**Moritz**, Schlegelstr. 58.

**Steglitz:**  
**Sand**, Mühlstr. 6.

## PIANOS

**Adam, Münzstr. 16**

große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie **neuer Pianos**, Panzerplatte, weiße Lacke. Kapierbespannung 1800 Mark. Klavierstimmer **Adam, Münzstr. 16.**

### Kleine Anzeigen

Welcher **Priva** mann leibt fleißigen selbständigen Handwerker auf 3 Jahre mit 4 bis 4 1/2 Zinsen 15-20 000 Mk. zur Anlegung eines Geschäfts Ost unter A. 273, Exped. Freiheit.

**Mandoline, Laute, Gitarre.**  
 Wandmandoline 45.-, erstkl. 85.-, Konzertlaute 125.-, 145.-, (Untericht 8.-, Monatsonorar, evtl. 10-stündige Schnellkurs). Klavierlaute mit Zubehör 125.-, Konzertlaute 65.-, **Ernst, Oranienstr. 166 III.**

**Möbelfabrik**  
 an jedem Mann, Kleinteil-Wandung, bequeme Ausstattung, größte Auswahl. **Günther** 180-180-180-180-180-180 (Untericht 8.-, Monatsonorar, evtl. 10-stündige Schnellkurs). Klavierlaute mit Zubehör 125.-, Konzertlaute 65.-, **Ernst, Oranienstr. 166 III.**

**Kleidecke**  
 Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rundleiderose, Küche, Ankleiderabrack, Versack, eiserne Umbausole, Chaiselongue, Bettstelle, zierliches Bett, Schreibstisch, Waschtisch, Truhen, Teppiche, Federbetten verkauft **Telix**, Köpenicker Str. 134, 4. Evg. Verkauf an Privatleute, Händler verb.

**Gitarrozithern**  
 mit Unterlegnoten 28.-, große 5-aktorige 35.- (Lederpreis ca. 50.- bis 60.-), Mandolinen, Gitarren 45.-, erstkl. 85.-, Konzertlaute 125.- bis 145.-, Schellwien 45.-, Konzertlaute mit Gitarre 85.-, Kontrabass 145.-, **Untericht 8.-, Monatsonorar** (10-stündige Schnellkurs).  
**Ernst, Oranienstr. 166, III.**

**Fahrrad** stabil, gutes Gummi, verkauft **Kleiner**, **Erasmusstr. 1** (Moabit).

## Nachruf!

Verband d. Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, das unsere Kollegin

### Frau Paula Thiede

am 3. März 1919 nach langem schweren Krankheitsleiden gestorben ist. Die Beerdigung Berlin, betrauert in der Verstorbenen ein ihrer Mitbegründer, welche stets in den vordersten Reihen an dem Werdgang der Organisation in seltener Weise Anteil nahm und seit über 20 Jahren als **Verbandsvorsitzende** die Interessen der gesamten Verbandsmitglieder vertrat.

**Elektrische Zählungsbüchse.** **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

**Piano**  
 über **Mügel**, **erstkl. Paragon**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

**Mügel**, **erstkl. Paragon**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Platina

Gramm 10 Mk. **Zahnbohrer**, Gold **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Spiralbohrer Metalle

**Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

### Aktstudien!

Vorlagen **Sohn**, **Rudolf**, **Kaufmann**, **Schwann**, **Große Hamburger Straße 31 II.**

## Achtung! Oranienburg

Die Expedition der **Freiheit** befindet sich jetzt **Bahnhofstraße 8** bei **Krause**.

Interessante Partikelkette vorhanden.

## Stemensstadt

„Die Freiheit“ wird den Lesern vom 1. März ab durch **Borenfeld** zugeführt. Die Expedition befindet sich **Wattstr. 13** bei **Nowotny**.

## Honopolan

Inst. **Möller**  
**Mügelstr. 25** am **Bahnhof**  
 für **Haut-, Hals-, Geschlechts-, Frauenleiden**, **neue Schwäche**, **Spezial-Fälle** bei **Schneider**, **Schmerz**, **Behandlung**, **ohne Berührung**, **Auskosten**, **Sprechst. 10-1, 5-8**, **Sonnt. 10-12**

## Spezial-Behandlung

**Spezial-Behandlung**  
 Maquettisch mit Erfolg. **Pat. innerer und äußerer Krankheiten** jeder Art. **Nur gegen schriftliche Voranmeldung**.

## Hellmagnetiseur

**A. Eisner,**  
**Schöberger, Ebersstraße 14.**

# Der Revolutions-Parteitag.

## Die Debatte über das Programm.

Dritter Tag. 4. März.

In der Nachmittags-sitzung erhaltete zunächst Genosse Schweikardt Bericht für die Mandatprüfungskommission. Als Teilnehmer wurden festgesetzt: 2 auswärtige Gäste, 8 Mitglieder des Parteivorstandes, 5 Beiratsmitglieder, 5 Mitglieder der Kontrollkommission, 4 Mitglieder der Nationalversammlung ohne sonstigen Mandat, 2 Bezirksleiter, 8 Frauen vom Reichsausschuß, 1 Vertreter der „Freiheit“, 180 Delegierte, insgesamt 196 Stimmberechtigte. Die Mandate wurden nicht beantragt.

Es wurde sodann die Diskussion begonnen. Als erster Redner sprach Gen. Dr. Breitfeld: Die Resolutionen Hoase und Däumig schließen sich nicht aus. Die Resolution Däumig ist prinzipieller Natur, die Hoases gibt Richtlinien für das Proletariat nach der Revolution. Solche Richtlinien sind nötig. Auf keinen Fall kann es auch damit getan sein, daß man hinausgeht, um nur das Rätesystem zu propagieren. Allerdings müßten die Forderungen Hoases noch ergänzt werden, so durch das Verlangen sofortiger Beseitigung der militärischen Gerichtsbarkeit. Ferner ist die Aufnahme der Forderung nach einer Verwirklichung der Großbanken nötig. Als Konzentrationspunkte des Finanz- und Exportkapitals sind sie stets eine Gefahr für den Volkfrieden. Ferner muß die Annullierung der Kriegsanleihen verlangt werden. Die kleinen Geldgeber können dabei geschont werden, obgleich auch sie allzuviel Rücksicht nicht verdienen haben. Eine Annullierung ist um so mehr gerechtfertigt, als man ja immer erklärte, man gäbe das Geld nur aus Patriotismus, nicht um der 5 Prozent Zinsen willen. Die Kriegsanleihen tragen mit der Verantwortung für die Verlängerung des Krieges. Mögen sie auch dafür sorgen, daß wir wieder aus dem Unheil herauskommen. Endlich ist ein Staatsgerichtshof nötig. Der Mangel unserer anständigen Politik ist der Mangel an Wahrheitsliebe. Die Schuldigen müssen an den Pranger gestellt werden. Man glaubt im Ausland nicht an den Ernst der Revolution, weil immer wieder dieselben Personen in die Erscheinung treten; man hält diese Revolution nur für eine „Anpassung“ an die Situation. Offenes Bekenntnis zur Niederlage, crasher Wille, etwas anderes zu sein, als wir es vorher waren, kann uns allein vorwärts führen.

Von den Ausführungen der beiden Resolutionen über das Rätesystem kann keine voll befriedigen. Zwischen den Resolutionen besteht insofern Einigkeit, daß sie ein Bekenntnis zum Rätesystem ablegen. Manchem ist der Weg zu dieser Erkenntnis nicht ganz leicht geworden. Die Sozialdemokratie hat stets erklärt, der Sozialismus sei zu erziehen auf dem Wege über die Demokratie. Aber es gibt keine Demokratie im kapitalistischen Staat. Wir müssen uns ganz von dem Gedanken befreien, daß die bürgerliche Demokratie die Freiheit und Gleichheit garantiert. Ueber das Papier des Stimmscheitels ist die Demokratie nicht zu verwirklichen. Der Einfluß des Kapitals fälscht die Volkmeinung. Von den Banken sollen für die Nationalversammlungswahlen insgesamt 30 Millionen gegeben worden sein, in der Hauptsache für die Demokraten; ein Teil soll aber auch den Reichssozialisten zugewandt sein. Vor allem sollte die Pressefreiheit eingehend durch den Kapitalismus. Vielleicht ist nach einer Reihe von Jahren die sozialistische Majorität zu erreichen — wobei die Scheidemannier allerdings nicht als Sozialisten zu betrachten sind. Gibt es einen anderen Weg, der rascher vorwärts führt, so haben wir ihn zu gehen. Die Arbeitererräte scheinen diesen Weg zu weisen. Freilich ist damit zu rechnen, daß große Massen des Proletariats die Diktatur noch nicht wollen. Aus dieser Enttäuschung heraus wurde der Vorschlag geboren, Parlament und Zentralrat nebeneinander zu lassen und dem Zentralrat das suspensive Veto zu geben. — Die Kommunisten sehen die Diktatur des Proletariats als Endziel an; aber die Diktatur darf nur ein vorübergehender Zustand sein, um die Grundlage des Sozialismus zu sichern, auf der sich dann die wirkliche Demokratie aufbauen wird. (Lebhafte Beifall.)

Dikmann-Frankfurt: Die Frage des Rätesystems ist hier zur Entscheidung zu bringen. Was die Resolution Hoase fordert, kann dabei nicht genügen. Die Regierungssozialisten würden das davon entfaltete Kompromiß aufgreifen, um von sich aus den Massen etwas ähnliches zu bieten. Es gilt, konsequent auf den Boden Däumigs zu treten. Die Räte sind das revolutionäre Kampfinstrument, um den Sozialismus zu verwirklichen. Hätten wir am 9. November herr's konsequent im Däumigischen Sinne die Arbeitererräte ausgebaut, so wären wir weiter! Bei der Kritik jener Novembertage ist freilich nicht zu vergessen, daß die Arbeitermassen noch nicht klar genug revolutionär dachten. Der Sozialismus kann nur verwirklicht werden durch ein einiges Proletariat. Aber der ewige Ruf nach Einigung hat nur Verwirrung angerichtet. Der Parteitag muß zum Ausdruck bringen, eine Einigung der Parteien kann gar nicht in Frage kommen, es kann sich nur um eine Sammlung des revolutionären Proletariats handeln. Und der Boden herr's liegt unter den Rechtssozialisten, wie die Kommunalwahlen beweisen. — Der Redner wandte sich gegen die Aussagen Kautskys im „Sozialisten“, die sich mit den trennenden Momenten befassen; das seien Darstellungen, die außerordentlich schädlich hätten wirken müssen. — Die Mitglieder der U. S. B. blieben zu lange in der Regierung; als der Wahltermin festgesetzt wurde, wäre es höchste Zeit zum Ausscheiden gewesen. Wenn die Parteigenossen die Mitglieder in der Regierung nicht genügend unterstützten, so lag das eben an der wachsenden Unzufriedenheit der Parteigenossen mit dieser Regierungstätigkeit. — Sehr zu bedauern ist, daß die Delegation nach Bern ohne weitere Festlegung der Partei bestimmt wurde. Außerdem muß Einspruch erhoben werden gegen die Verteilungspolitik, wie sie in Bern betrieben wurde.

Genosse Kautz-Gera: In Thüringen ging der Ruf nach Einigkeit nicht aus dem Theoretikern und Literaten, sondern von der großen Masse des Proletariats. Er wird bestimmt von den Bruderkämpfen; man sagt: So kann es nicht weitergehen. Natürlich denkt keiner daran, die Bruderhand dazwischen zu geben, die sich so freventlich an dem Proletariat vergriffen haben wie die Rächer der jetzigen Regierung. Das Programm Hoases könnte die Grundlage für Verhandlungen bieten, die wir mit den Rechtssozialisten anbahnen müssen. (Lebh. Beif.) Auch bei den Rechtssozialisten ist ein dreier Boden für Einigungsbestrebungen vorhanden. Man darf nicht mit verbundenen Augen davor vorbeigehen. Es gilt, anzukämpfen gegen das faule Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Demgegenüber ist die nächste Aufgabe: Einigung des sozialistischen Proletariats. Trennend wirkt nicht die Forderung einer Diktatur des Proletariats, denn diese bedeutet Erhebung des revolutionären Geistes bei den Massen, und dazu ist die Zeit reif. Reichen wir den Streikenden die Bruderhand!

Gen. Barth-Berlin: Wenn Breitfeld und Dikmann sich so für das Rätesystem einsetzen, so ist das ein erfreulich rascher

Fortschritt, den dieser Gedanke gemacht hat. Die Nationalversammlung mußte versagen; sie kann mit den Fragen, die sich heute andrängen, gar nicht fertig werden. Die vierzehnjährige Krieg sind als paradiesische Zustände zu bezeichnen gegenüber dem Hunger und Mord, die unter noch wartern. Diese Not wird das Proletariat zusammenreißen und zugleich aufsteigen gegen diejenigen, die es an eine neue Militärdiktatur verurteilt haben. — Klipp und Na: muß ausgesprochen werden das Recht auf Arbeit. Das ist für nur möglich bei einer Diktatur des Proletariats. Diese wird kommen, sein Kampf dagegen kann etwas nützen. Kommt sie aber, dann wird alles überflüssig sein, was in der Resolution Hoases an Steuern usw. im einzelnen gefordert wird. Dann gibt es einfach die Expropriation der Expropriateure. (Beifall und Widerspruch.) Auch wenn morgen die Nacht in die Hand kämen, könnten wir nicht mehr geben, als wir haben. Das Volk kann nur dadurch befreit werden, daß es von dem Ideal des Sozialismus erfüllt ist. Dafür die Massen zu begeistern, das muß unsere Aufgabe sein. — In der Regierung waren Scheidemann und Ebert nur Puppen in der Hand von Hindenburg; er hat die Rolle eines Repetitors der Revolution gespielt, ganz angefüllt von Chauvinismus und Jakobismus. Es war gewiß kein Vergnügen, mit solch einem Gesellen zusammenzuarbeiten. Zug und Trug wurde von ihm und seinen Leuten angesponnen, was allerdings erst nach dem Ausschreiten aus der Regierung klar wurde. — Und freilich erscheint, wie Genosse Hoase sich in Bern mit einem Weis an den gleichen Tisch setzen konnte. (Zuruf: Warum hast Du dich denn mit Hindenburg an einen Tisch gesetzt!) Es ist unverantwortlich, mit solchen Leuten in der Internationale zusammenzuarbeiten. Auf eine derartige Internationale pfichte ich. (Beifall.)

Genosse Plettner-Prezlaw: Die Resolutionen Däumig und Hoase sind tatsächlich wie Feuer und Wasser, sie lassen sich nicht vereinigen. Der Parlamentarismus muß es für allemal erledigt sein. Die neue Staatsform kann sich nur auf dem Rätesystem aufbauen. — Am 9. November verlangte das Volk weißes den Eintritt unserer Genossen in die Regierung. Da war es geradezu Pflicht, die Ausübung der Macht zu übernehmen. Auf dem Rätesystem war freilich die Einigungssache Dittmanns ein unvermeidlicher Fehler. (Sehr richtig!) Der Massenstreik muß jetzt programmatisch als bestes Mittel festgelegt werden, um wieder zur politischen Macht zu kommen. Zu bedauern ist, daß die Partei noch keine ausdrückliche Sympathieerklärung für die jetzt Streikenden erteilt hat. — Wenn die Berliner Streikenden Anerkennung der U. S. B. Räte fordern, so ist das eine Halbheit; es müßte heißen: Forderung der Räterepublik. — Auf der Berner Konferenz hätte von unseren Genossen allen Kreditbewilligungen ganz anders die Wahrheit gesagt werden müssen als es der Fall war.

Genosse Künzler-Teltow-Bee-Mow: Die Partei hätte größere Werbestraft erlangt, wenn unsere Genossen nicht in die Regierung eingetreten oder wenigstens früher wieder ausgeschieden wären. Mögen Hoase, Dittmann und Barth damals manches Schlimme vertriebt haben, anderes konnten sie nicht verhindern. — Arbeit muß geschaffen werden in der Frage der Landesverteidigung. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung muß jede Landesverteidigung abgelehnt werden; es ist sich da um einen angeblichen Abwehrkrieg handelt, darf keinerlei Rolle spielen. Für die Arbeiter heißt es nur dann Gut und Blut opfern, wenn es die Freiheit des Proletariats gilt.

Genosse Uebel-Berlin: Am 9. November hätte der Standpunkt eingenommen werden müssen: Nur die Träger der Revolution dürfen ihre Bewalter werden. (Zuruf: Julius Buch!) Zum mindesten hätte die am 9. November übernommene Macht ganz anders gefestigt werden müssen, indem man die Arbeiter militärisch organisiert, wie es jetzt von der anderen Seite mit den Reichswehrwilligen geschieht. Alle Kritik an der Regierung wurde damals von der Reichswehrpartei abgetan mit dem Hinweis: Eure eigenen Genossen sind ja dabei! Noch immer war es auf eigenen Rechenhaftigkeit der Genossen, die in der Regierung lagen. Eine ihn kann die Partei keine Entlastung erteilen. — Der Redner nannte die Rede der Genossin Jellin einen „Schlund aus der Fülle“. Er behandelte dann einzelne Punkte der Resolution Hoase und fragte, ob bei der Entgegnung eine Entschärfung gegeben werden solle. Der Resolution Däumig stimmte er im allgemeinen zu. Das Recht zur Wahl muß aber sofort hergestellt werden, daß nicht wieder jene Kräfte das Übergewicht erhalten, die die Revolution sabotierten. — Die Not würde sicherlich die Massen in die Reihen der Partei treiben, aber gewissen Elementen müßte die Partei immer verschlossen bleiben. (Beifall.)

Genosse Dr. Theiling-Wagbeurg wandte sich gegen die Forderung einer Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch die Mannschaften: Wird der Militarismus überhaupt noch gebraucht, um gegen eine disziplinierte Macht aufzutreten, so ist eine Wahl nötig, deren Disziplin nicht von persönlichen Beziehungen abhängig ist. Wählbarkeit garantiert die nötige Disziplin nicht. Jetzt ist eine klare Abgrenzung nach rechts und links nötig. Zwei sind es nach rechts prinzipielle Fragen, die uns trennen, nach links Unterschiede des Temperaments u. dergl. Die Räte waren zunächst nötig zur Ausübung der Kontrolle und drücklichen Diktatur. Nach heute sind sie vielfach noch erforderlich. Aber ein allein seligmachendes Mittel sind die Räte nicht. Die Rede Däumigs wußte auch nichts Durchschlagendes dafür vorzubringen. Ueberdies sind die Räte doch nicht parteilich einzig. Einen Ersatz des Parlamentarismus können sie nicht geben. Der Parlamentarismus ist dabei natürlich auch nicht als alleinigmachend zu betrachten. Die sogenannte sozialistische Regierung bietet dem Volk Steine statt Brot; das Versprechen der Sozialisierung mußte ihr abgerungen werden und kann kein Vertrauen wecken. Der Redner wandte sich dann noch gegen einige Ausführungen der Genossin Jellin.

Genosse Künzler-Halle: Das Erfurter Programm ist kein Dogma und darf abzuändern, wo sich die Notwendigkeit gezeigt hat. Der Parlamentarismus braucht nicht als unantastbar zu gelten. — Aber wenn man nach dem Rätesystem ruft, muß eine starke, kompakte Mehrheit der Arbeiterschaft dahinterstehen. Mit einer Minderheit es durchzudringen, muß unmöglich scheinen und sollte deshalb nicht erst angeht werden. Die Partei konnte sich auf den Boden des Rätesystems stellen, aber unter der Voraussetzung, daß eine starke Mehrheit der Arbeiterschaft und damit des deutschen Volkes es als Übergangsstadium verlangt. — Genosse Künzler begründete sodann noch eine Reihe weiterer Abänderungsvorschläge zum Hoaseschen Aktionsprogramm und sprach schließlich zu der Forderung nach Einigung. So einfach wie die Durchführung nicht. Auf der einen Seite stünde da der terroristische Sozialismus (Choi!), auf der anderen eine Partei, mit der sich auch nur ein Stück Weges zusammengehen lasse, soweit sie den revolutionären Klassenkampf nicht aufgeben. Aber die Katastrophe werde das Proletariat zusammenführen.

Genosse Kowalski-Niederbarnitz polemisierte ebenfalls gegen das alte lange Verbleiben Hoases, Dittmanns und Barths in der Regierung. Den Deutschen fehlten die Lenine und Trotski. Der Redner verlor den Standpunkt des „Rat-Räte-Systems“,

und da hätten die Führer nicht den richtigen Weg gewiesen. Die ewigen Reden der Einigungspapst hätten nur geschadet.

Genosse Sander-Frankfurt: Das Entscheidende muß sein: Wie können wir die Revolution am raschesten zum Siege führen? Als die Revolution ausbrach, war ihr wenig vorgearbeitet. Es fehlte an einer klaren Parole. Um so mehr mußten alle Worte der Führer Beachtung finden. Eine gewaltige Verantwortung lag damit auf ihnen. War es wirklich nötig, daß man in die Regierung eintrat? In jedem Falle hätte der Austritt früher erfolgen müssen. Nach der Revolution hätten auch sofort radikalere Forderungen aufgestellt werden müssen als die einer Nationalversammlung. Die Zeit für die Diktatur des Proletariats war da. Die Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung durch die Genossen darf auch nicht als Bejahung der Nationalversammlung gedeutet werden. Auf dem Rätesystem fehlte es an der notwendigen Einheitlichkeit des Vorgehens. Die Rede Dittmanns mußte Widerspruch erwecken. Wenn Dittmann erklärte, man dürfe bei der Sozialisierung nicht zu rasch vorwärts gehen, um die Wirtschaft nicht zu erschüttern, so lief das darauf hinaus, dem Kapitalismus Gelegenheit zu geben, seine Widerstandskraft zu stärken. (Beifall.) Dittmann: Keine Worte lauteten ja gar nicht so! — Eine Einigung von Partei zu Partei ist ganz ausgeschlossen. Aber das Proletariat wird uns zuströmen. — Die Resolution Däumig kann die Grundlage für das künftige Programm bieten; aber sie genügt allein nicht, der Vortrag Däumigs gab bereits mehr. Um einen Abfall des russischen Beispiels kann es sich nicht handeln. Aber wir sollen von den Russen lernen. In Deutschland wird sich das Rätesystem im übrigen besser durchführen lassen als in dem industriell viel weniger entwickelten Rußland. Wir wollen als Übergang Diktatur, aber eine ganz andere Diktatur als jene andere, eine Diktatur im Interesse der breiten Massen. Demokratie ist nur möglich nach Durchführung des Sozialismus. Gewisse Forderungen aus der Resolution Hoases müssen in die Resolution Däumigs übernommen werden. (Lebh. Beifall.)

Genosse Ernst-Bagen: Die Kritik an den Genossen, die in die Regierung eintraten, war vielfach unberechtigt. Allzuoft hat in den letzten Wochen auch die Phrase des Rats beherrscht. Die Kommunisten verbündeln zu sehr die Massen, und wir die Kommunisten. Auch hier müssen wir feststellen, was uns trennt. (Zuruf: Gar nichts.) Dann sollten wir möglichst bald zu einer Verschmelzung zu kommen suchen! — Die Radikalisierung der Massen kommt vielfach nicht aus einer Erkenntnis, sondern aus dem Gefühl und aus der Not. Auch wir wollen den Kommunismus, aber das ist etwas anderes als die kommunistische Partei. (Sehr richtig!) Der Redner wandte sich dann gegen einzelne Sätze in der Resolution Däumigs. Damit wäre im Industriesektor gar nichts zu machen: Wollte man eine Diktatur, so solle man das ausdrücken, aber nicht von einer proletarischen Demokratie sprechen. Eine Schablonisierung sei in dieser revolutionären Zeit überhaupt unmöglich. Deshalb mußte vor einer Festlegung auf das Rätesystem gewarnt werden: Wir müssen abwarten, was die Zeit bringt (Biden), ohne daß wir uns schon auf ein bestimmtes Prinzip verpflichten.

— Gegenüber der Genossin Jellin erklärte Gen. Ernst, sie möge doch einmal ins Industrieviertel kommen, dort ein paar Wochen agitieren und dann versuchen, zur Tat zu schreiten: Man wird immer als Dremser verdächtig, wenn man aus der Praxis spricht. Aber das darf nicht hindern, auszusprechen, was ist. Gegen die „Schmidplanode“ Barths erhob der Redner scharfen Einspruch. Dergleichen ließe den Parteitag auf ein zu tiefes Niveau und schade vor der Öffentlichkeit. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Dr. Hofes-Berlin forderte ein klares Bekenntnis zum System der Räte. Die bürgerliche Demokratie sei etwas ganz anderes als die sozialistische. Die wahre Demokratie finde ihren Ausdruck in dem ausgebauten System der Arbeitererräte. Der revolutionäre Geist müsse noch Möglichkeit gepflanzt und geschützt werden. Das bedeute nicht, die Revolution in Permanenz erklären. Aber freilich, die Revolution erkläre sich selbst in Permanenz. Die Pflege des revolutionären Geistes sei auch das beste Mittel zur Einigung. Eine Einigung beschließen wollen, sei unfinnig. Das viele Reden über schädige nur die Einigung. Bei klarer, sozialistisch-revolutionärer Politik würden die Massen von selbst kommen. Der ewige Ruf nach Einigung könne am Ende als Schwäche aufgefaßt werden. Ein klares Bekenntnis zur Revolution müsse auch das Resultat des Parteitages sein. Das Proletariat kämpfe um sein Reichentum, die Diktatur solle ihm nur ein vorübergehendes Mittel sein, es zu erringen. — Als Arzt geißelte der Redner dann noch die den Ärzten für den Streik gegebenen Rücksichten, die sogar Verweigerung der Geburtshilfe anwiesen. (Beifall) Das sei Sabotage an der Volksgesundheit. (Starker Beifall.)

Genosse Ulrich-Berlin sprach seine Verwunderung aus, daß heute so plötzlich mande, von denen man es bisher nicht gemut habe, als begeisterte Verfechter des Rätesystems aufgetreten seien. Der Redner kritisierte dann die Besetzung des Oberbefehlshabers auf seinen Posten, unter Mitwirkung der U. S. B.-Mitglieder in der Regierung. Im selben Moment hätte die Offiziersliste sich wieder gehoben gefühlt. Er vertrat die Forderung einer Annullierung einer Kriegsanleihe bis zu 5000 Mark herab und beschlößte sich dann mit den Aufgaben der Arbeitererräte, die durch aus in stande wären, Betriebe in eigener Regie zu führen.

Darauf nahm Genosse Hoase das Wort zu folgender Erklärung: Ueber Berlin wurde der Belagerungszustand verhängt, die außerordentlichen Kriegsgerichte werden wieder in Tätigkeit treten. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Regierung am Ende ihres Reizes ist. Vor kurzem waren in den Räumen unseres Berliner Organs der „Freiheit“, 50 schwerbewaffnete Soldaten, um festzustellen, ob dort das Mitteilungsblatt des Volksgenossen gedruckt wird. (Beif.) Wer könne sagen, daß die Streikbewegung nicht schwinden wird, ehe das herrschende System nicht schwindet. Die Nationalversammlung hat sich nun in Permanenz erklärt. Am Freitag soll die Sozialisierungsvorlage beraten werden. Zu spät! Wir aber wollen die Sitzung nicht schließen, ohne daß wir allen Streikenden erklären, daß wir uns mit ihnen eins fühlen. Wir sind mit ihnen allen eines Herzens und eines Willens. Die herrschenden Gewalten müssen gedrohen werden. (Lebhafte Beifall.) Genosse Hoase teilte dann noch mit, daß die Verhaftung von Koenen-Halle nicht geplant sei und daß Koenen sich in Freiheit befinde. Auch diese Mitteilung wurde lebhaften Beifall.

Darauf trat Verlesung der Sitzung ein.

Vierter Tag. 5. März.

In Fortsetzung der Debatte erhielt am vier... handlungstage zunächst Genosse Bergmann (Danzig) des Wort. Der Vortrag Däumig hat enttäuschen müssen, er enthält kaum etwas Neues. Das anfällige Urteil, das vielfach in der Einigungssache gefällt wurde, ist zu bedauern. Die Arbeiterschaft fühlt inständig, daß sie sich einsam muß. Deshalb ist es Aufgabe der Genossen im Lande, der Frage erhöhte Auf-

narkosemittel zuzuwenden. (Sehr richtig) Kaiserlich kann nicht einfach eine Verschmelzung stattfinden. Partei wie „Einigungsummel“ sind unüberwindliche Schiengewichte. Wenn die Arbeiterschaft ihre große historische Aufgabe erfüllen will, muß sie einzig handeln. Starke Striche gegen links sind ebenso nötig wie gegen rechts. Über manche wacklernden Augenblicke im feinen Bilde den Anblick nach links verpassen. (Sehr richtig) In Hamburg hat man von den Radikalen des Generalstreiks des schloffen, dabei wollte man das Organ der Unabhängigen Demokraten, die selbst gehen aber am Tage des Streiks ihr Organ heraus. Schließlich liegen die Dinge anders. Auch in Berlin sollte man sich vorbereiten. (Zusammenfassung) Wesen Netz für ganz n. s. links zieht, der soll dort hin gehen. (Stärke Unerschrockenheit) Es ist noch recht zu tun, es soll natürlich auch nach rechts gehen. Bei der Vorbereitung: Alle Macht den A. und S. nicht verfehlt mit immer, das es vielmehr an geeigneten Personen fehlt. Wende A. und S. nicht sind zu Diskussionsbedarf vorhanden. Es hat das Ansehen der A. und S. nicht gefehlt. (Vermittlung Unterredung) Man schreie lautstark von der Diktatur des Proletariats. Das ist ein Schiengewicht, mit dem die Massen nicht viel anfangen können. Die Auffassungen darüber gehen weit auseinander. Es fragt sich, ob das Proletariat auch in der Lage ist, die Macht nicht nur zu ergreifen, sondern auch zu behalten. Mit brutaler Macht kann man nicht lange regieren. Im allgemeinen erscheint die Revolution heute eine reinigende Grundkraft für die künftige Arbeit. Die hergeleitete Haltung der Großen ist sehr schwer durchzuführen, weil sie nicht bloß nationale, sondern internationale Initiativen sind. Auch die Annahmestellung der Arbeitslosen ist nicht leicht durchzuführen. Das ist nicht nur eine finanzielle Angelegenheit, sondern auch eine insofern politische Angelegenheit, und es ist die Frage, ob man die Macht hat, die Forderung durchzuführen.

Genosse Reumann-Hilberhoff: Ein knapps Kämpfungsprogramm ist dringende Notwendigkeit. Wir haben die Massen zu wenig darüber aufgeführt: Was werden wir machen, wenn wir einmal zur Macht gelangen? Manche der jetzt zur Sozialistischen Bewegung gemachten Vorschläge erinnern sehr an Kurze à la Doktor Offenbach. Man darf sich auch nicht gleich auf alles stützen wollen; eines muß nach dem anderen in Angriff genommen werden. Besonders wenig ist noch dazu gefehlt, die Anstellstellen, Techniker, Chemiker usw. zu uns herüberzugießen. Diesen Kreisen muß gezeigt werden, daß sie unter dem sozialistischen Regime besser arbeiten als unter dem kapitalistischen. Den Arbeitern muß gezeigt werden, wie die Produktion vor sich geht, wie sehr dabei die Mitwirkung der Kaufleute, Techniker usw. notwendig ist. Die Konformität mit dem Weltmarkt darf natürlich für eine sozialistische Wirtschaft nicht die Grundlage sein. Die Betriebs- und Arbeiterräte müssen einen wichtigen Bestandteil in der künftigen Wirtschaft und Politik bilden. Den Großen gegenüber muß durchaus zugegriffen werden.

Genosse Berg-Wilmshaven: Es kann keine andere Regierungsform geben als das Rätesystem. Die wirtschaftliche Seite ihrer Arbeit wird dabei das größte Gewicht besitzen. So ist es aber noch nicht zum Rätesystem kommen. Die Generalstreiks werden es noch nicht bringen. Die bisherigen Arbeiterräte haben auch keineswegs zur Zurückbildung beigetragen, einseitig die Inaktivität, die darin war. Es muß gelten, wirklich Handlung auf unsere Seite zu bringen und ihnen dann die letzten Stellen zu öffnen. Besonders gilt das von Technikern. — Die Kriegsanleihe kann ganz annulliert werden. Die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften wird bei einer kleinen Truppe möglich sein.

Genosse Sieg: Der Eintritt der Genossen in die Reichsleitung ist von der Zentralleitung gebilligt worden. Wenn man ihn aber jetzt so sehr kritisiert, — warum wendet man sich dann nicht gegen diejenigen Genossen, die in den Einzelstaaten in parteiliche und noch nicht einmal parteiliche Regierungen eingetreten sind? Was ist denn in es unangehöriger geworden, dem Eintritt unserer Genossen in die Reichsleitung zuzustimmen. Aber die Bewegung in den Kreisen der Genossen wurde hauptsächlich dort angeregt, wo es an einer Presse fehlte, um die Absichten unserer Genossen darzulegen. Wohl hätte mehr durch mündliche Agitation aufgestellt werden müssen, aber hier konnte die Presse allein nicht alles tun. Die Vertrauensmitglieder, die informiert wurden, hätten mehr für Aufklärung sorgen müssen. Auch Genossen aus dem Lande, die am 4. November in Berlin waren, drängen auf eine Beteiligung an der Regierung, um die Erzeugnisse der Revolution zu konsolidieren. Ein Ausritt aus der Regierung bei der Festlegung des Termins der Nationalversammlung war nicht tadelnswürdig. Es war im Beitrag darüber beraten und beschloffen worden, die Genossen in der Regierung sollten darauf einwirken, daß die Festlegung des Termins dem Nationalkongress zugewiesen würde. Das wurde in der Regierung auch letzten Endes erreicht. Dachte sich die U.S.P. überhaupt nicht an der Regierung beteiligt, so hätten das jetzt Kräfte im Lande gewiß nicht verstanden. Letzter war aber auch die Unterbringung der Genossen in der Regierung durch die Genossen im Lande nicht energig genug. Dem sollte man überall die Sozialisierung zu nachdrücklich empfehlen müssen wie es jetzt der Fall ist. Schließlich wurde allerdings der Ausritt eine geschichtliche Notwendigkeit. — Die A. u. S. nicht sind die Träger der Revolution gewesen und sie haben damit ihre Notwendigkeit erwiesen. Sie werden sich auch weiter durchsetzen. Unsere Aufgabe aber ist es zu zeigen, wie sie sich jetzt betätigen müssen und welche Aufgabe sie in der Zukunft haben werden. Wir müssen uns vollständig am Rätesystem bekennen. Aber nicht darf es heißen, A. u. S. nicht oder Parlamentarismus. Tendenzen beider nebeneinander ist nötig. Der Parlamentarismus ist auch eine wichtige Waffe, besonders eine Abwehrwaffe, um Verleumdungen zu vermeiden. (Beifall)

Genosse Hartmann-Alex: Wenn einige Genossen sich unter dem Eindruck der letzten politischen Ereignisse zum Rätesystem bekehrt haben, so muß das mit Freuden begrüßt werden. Auch bei schärfstem Radikalismus darf aber nie die praktische Kleinigkeit, vor allem die Wahlarbeit nicht vernachlässigt werden. Deshalb soll man auch den Parlamentarismus nicht verwerfen; er gibt Gelegenheiten, die Massen aufzuklären. Eine klare Scheidung ist besonders nötig nach rechts; die Organisationsform ist nicht gleichgültig. Wir müssen hier sein auf unsere U.S.P. (Beifall)

Genosse Dittmann-Berlin: Die politischen Mahnen sind für uns wichtig als Barometer der Volksstimmung. — Gütig die Partei am 9. November den Eintritt in die Regierung abgelehnt. Bitte sie den Arbeiterbewegungen eine wirkliche Waffe in die Hand zu geben. Eine Kritik an der Regierung wäre dann sehr schwer gewesen. Bei den eigenen Anhängern hätte der abnehmende Standpunkt auch unwillkürlich wahrhaftig geklungen, zumal die Partei damals nur ganz wenig Wähler besaß und eine Garantie für absolute Freizügigkeit bei Nichtbeteiligung an der Regierung nicht gegeben gewesen wäre. Die Abstinenzpolitik auf dem Nationalkongress war falsch. Sie war auch unbegründet. Der Zentralrat sollte das Recht haben, abzutreten; das bedeutet schon sehr viel; hierzu kam dann noch auch das Recht, die Regierung abzugeben. Das hätte unbeschreibliche Bedeutung erlangt und die Soldatenführer usw. hätten können. Tatsächlich waren sogar manche der mehrheitsentschiedenen Zentralratmitglieder in den Zentralberatern bereit, Scheidemann und Landberg abzugeben; es fehlte ihnen nur infolge der Abstinenzpolitik unserer Genossen an der Mehrheit. Auch im Berliner Volksrat hatten die Unabhängigen nicht die Mehrheit, trotzdem beherrschten sie, wie selbst Oberlegenheit angab, die Situation. — Bei der Einigungssfrage scheint man ganz zu vergessen, worüber es zur Spaltung kam. Sie wurde von den Ober-Scheidemannern behandelt in der Furcht, daß auf der Rückseite in der Partei die Mehrheit werden könnte. Sollte es am 9. November nach gemeinsamen Organisations gegeben, wäre es leicht gewesen, den für eine entschiedene Politik zu gewinnen und die

Scheidemann und Genossen kalt zu stellen. Wo es möglich ist, zu den Mehrheiten zu sprechen, ist es auch möglich, sie zu überzeugen, daß unsere Politik die richtige ist. In diesem Sinne habe ich auf dem Nationalkongress von der Einigung gesprochen; meine Worte wandten sich gegen die Heberhebeligkeit mancher Führer, die sich mit den Massen identifizierten und glaubten, die Massen führten nicht zum Zusammenkommen, weil sie sich nicht verständigen können. Eine Verständigung auf ein verwandenes Programm habe ich nie bestritten. Wie verberlich die Sentimentalität ist, das zeigt sich eben jetzt wieder hier in Berlin beim Streit: Der „Vorwärts“ wird gedruckt, „Die Freiheit“ kann nicht erscheinen. Der Plan der Arbeiterschaft würde ganz anders sein, wenn die Einigung da wäre. Die Einigung ist nötig; es wäre möglich gewesen, dabei manche Umwege zu ergreifen. Jetzt ist allerdings die Lage so, daß wir als Grundlage zur Einigung die Rüdiche zur proletarischen Massenpolitik verlangen müssen, wie wir sie immer vertreten haben. (Beifall)

Genosse Schweizer-Alex: Als in Kiel die Revolution ausbrach, verlegte die U.S.P. D. die größte Leinen-Führer nach Kiel, weil dessen am Rost und fernste die Revolution in seinem Sinne um. Eine Einigung des Proletariats verlangt vor allem klare Richtlinien. Weil die Partei der Unabhängigen nicht klar genug war, deshalb spitzten sich auch die Kommunisten ab. Der Parteitag hat schon klärend gewirkt. Das ist ein sehr wichtiges, natürlich ist es nur ein Einleitungsbeitrag zur Demokratie. Aber an der Revolution Domini ist in jedem Falle festzuhalten. — Der Eintritt Haases ist in die Regierung war gerichtet, aber sie werden zu lange in der Dunkelheit über ihre Verhältnisse zu lassen.

Genosse Barck-Konigs: Als die Genossen in die Regierung eintraten, hätten sie strengere Bedingungen stellen müssen.

# Arbeiter! Arbeiterinnen!

## Werbet neue Leser für Euer Blatt, die „Freiheit“

Auch wäre eine stärkere Agitation gegen die mehrheitspolitische Politik nötig gewesen. — Der Meiner richtet dann Kapitale gegen den Genossen Haase, weil er die Einleitungsbeiträge der Refraktäre aus der Schweiz nicht erhielt, sondern dem Reichsministerium überlassen und die Refraktäre so nicht gegen die Partei verfahren gelassen habe. Genosse Haase widersprach in heftiger Worten. Er habe im Gegenteil alles im Interesse der Refraktäre getan. Auch die ganze Verammlung protestierte energig gegen den Meiner, der vorgab, kein Beweismaterial nicht bei sich zu haben. Dieser sprach dann von den Kommunisten: Sie haben am meisten zur Aufrichtung der Massen getan. (Beifall)

Der Parteitag beschloß dann, sofort dem Genossen Haase das Wort zu geben, damit er auf die persönlichen Angriffe Barcks antworten könne. Haase wies darauf hin, daß gerade er in der Regierung nicht nur für eine Begründung der wegen militärischer Begebenheiten und Verbrechen Verurteilten gewirkt habe, sondern daß er auch alles getan habe, um allen Defektoren und Refraktären jede Möglichkeit zu verschaffen, und zwar auch mit Erfolg. Wenn dann die Nachricht gekommen wäre, daß trotzdem den Defektoren bei ihrer Rückkehr Schwierigkeiten gemacht würden, habe er kein Reichsministerium Anweisung gegeben, die Behörden auf die ergangenen Anordnungen aufmerksam zu machen. Es sei eine Entschuldigung, es sei so darzustellen, als habe es irgendwo anders Anweisung gegeben. Was den Fall Wildberg betreffe, so habe er inzwischen festgestellt, daß seinzeitig sogar das kaiserliche Amt angeordnet habe, daß Wildberg freie Durchreise durch Deutschland zu gewähren sei. Er nach seinem Auscheiden aus der Regierung sei diese Anordnung zurückgezogen worden. (Starker Beifall)

Genosse Gottschling-Götha: Die Einigung kann nur erfolgen auf dem Boden des marxistischen Programms. Verrät sich es, den Streik immer nur nach links zu ziehen. Die Frage ist, ob hier überhaupt ein Streik nötig ist. Man verleiht die Spontaneität allerdings oft in unklarer Weise. Diktatur des Proletariats und Rätesystem müssen die Grundlage der Einigung bilden. Mit dem Parlamentarismus muß endlich Schluss gemacht werden. Der Redner polemisiert dann gegen den Gen. Haase, der es gebührend habe, daß man seine Keuschungen beim Wahlkampf in Götha gegen ihn und Geißner ausgeplagt habe. Solche Leute wollen Mitglieder der Sozialdemokratie sein und nennen sich Mitglieder der U.S.P. Genosse Personen, die als Personen die Partei verkörpern wollten, müßten ausgeschieden werden im Interesse der Revolution. Im Augenblick der Revolution wäre es nötig gewesen nur solche Blätter herauszugeben, die die Tatkraft der Revolution verkörpert; das Gezeier über Vergewaltigung der Preiszfreiheit sei da gar nicht am Platze gewesen. (Beifall)

Genosse Hartmann-Berlin: Solange es zwei Massen gibt, wird immer eine die Herrschaft haben müssen, eine Kompromißregierung ist nicht möglich. Der Boden der Demokratie kann nicht mehr anhaltend werden, allgemeine Wahlen dürfen nicht mehr über das Schicksal des Volkes entscheiden. Das Proletariat muß den Klassenkampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln führen und darf sich nicht der Mehrheit in der Nationalversammlung fügen. Das Rätesystem in der von Däumig illustrierten Weise muß angestrebt werden. Aber etwas aus der Revolution Haases ist für den Übergang mit zu übernehmen. Die Rechte, die heute den A. und S. nicht anstehen, sind völlig ungenügend. Darüber, was mit der Kriegsanleihe werden soll, brauchen wir auch keine Sorge zu machen. Die Entwicklung wird nach ganz andere finanzielle Maßnahmen fordern, als bloße Annullierung der Kriegsanleihe. Deshalb braucht dieser eine Punkt nicht herausgehoben werden. Die großen Banken müssen in jedem Falle vernünftig werden.

Genosse De. Herz (Hamburg): Die meisten Reden gaben nur das, was schon in vielen Volksversammlungen dröckelredet wurde, aber keinen Hinweis konkreter Erfahrungen. Die Worte „Rätesystem“ und „Diktatur des Proletariats“ klingen noch gar nicht auf, da jeder einen anderen Sinn damit verbindet. Verkannt wird auch vielfach, daß wir nicht mehr vor, sondern nach dem 9. November stehen. Jetzt ist es nicht mehr, stumpfe

Massen zur revolutionären Aktion vorwärts zu peitschen. Heute kann sich keine Regierung auf die Dauer mehr behaupten. Mit gegen den Willen des Proletariats regieren will. Deshalb ist jetzt die Hauptaufgabe: Die Organisation, die Bewegung der Massen zur Durchführung des Sozialismus. Da darf die Revolutionärskomitee nicht ausschlaggebend sein. Der Genosse Däumig hat sehr schnell umgelernt, wenn er jetzt verstanden hat: Alle Macht den Arbeitern und Soldaten! In der Zeitschrift „Der Arbeiter“ hat er sich erst kürzlich noch gegen das historische ewige Wiederholen dieser Formel erklärt. Was das Rätesystem eigentlich darstellen soll, ist auch aus Däumigs Ausführungen nicht klar geworden. In der russischen Sowjetregierung findet sich einmal der Gedanke eines beschränkt unabhängigen Parlaments und daneben die Vereinigung von Besetzung und Verwaltung in der Hand der Räte. Sicherlich liegt darin das, was die Zukunft verlangt. Aber es ist der Endpunkt der Entwicklung, es kann das nur die Folge des Sozialismus sein. Man kann nicht so den Anfang machen — das würde heißen, der ökonomischen Entwicklung vorzueilen. Heute haben wir noch einen kapitalistischen Staat und weite Gebiete, wo die Kapitalistenklasse wichtige und notwendige Funktionen ausüben muß. In der Praxis können daher auch die Räte für keine andere Politik treiben als wir. Wenn es aber richtig ist, daß die Kapitalistenklasse noch notwendig Funktionen ausübt, so ist es gefährlich, sie politisch vollständig zu wölken, indem man ihr das Wahrecht nimmt. Die politische Macht wird man ihr doch dadurch nicht entreißen können, weil sie die Möglichkeit zu Verhandlungen usw. hat. Die Praxis der Räte hat das auch bewiesen: Wie oft haben Kapitalisten versucht, Rätemitglieder zu bestechen. Je mehr die politischen Vorteile durch Veräußerung des Wahrechts verheimlicht werden, um so mehr wird die Kapitalistenklasse in allen Mitteln greifen, um ihre Interessen durchzusetzen. Nicht behütet ein Gegensatz zwischen Bürgerlicher und proletarischer Demokratie. Aber er muß so formuliert werden: Die Demokratisierung der Parlamente genügt nicht. Eine Demokratisierung der Verwaltung muß dazu kommen. Die Verwaltung hat immer mehr das Schwerkriegel bekommen, die Parliamente werden immer machtloser. Je mehr die Sozialisierung fortschreitet, um so mehr Bedeutung wird die Verwaltung gewinnen, um so wichtiger wird es, daß wir uns auch der Verwaltungsmittel bemächtigen. Die Bourgeoisie hat sich damit abgefunden, daß die Parlamente auf demokratischer Grundlage gestellt werden. Aber sie will die Verwaltung weiter beherrschen. Hier gewinnt das Rätesystem seine Bedeutung. Es ist das gegebene Mittel zur Demokratisierung der Verwaltung. Die Räte müssen eingeleitet werden, besonders in der Kommunalverwaltung. Dazu ist der Zentralverwaltungsausschuss des Landes zu beschlagen und zu ersetzen durch eine reichliche Kommunalverwaltung, die möglichst selbstregierende Kommune schafft, selbstständig im Rahmen einer einheitlichen Republik. Eine Reichskomunalverwaltung wäre wünschenswert, und sie müßte den Arbeiterräten eine weitgehende Kontrolle sichern. Wir haben ein Riesennetz zu bereinigen, dazu fehlen uns aber leider im Proletariat noch die geistigen Mittel. Das ist das Tragische in dieser Revolution. Das Proletariat kann diese Mittel gar nicht bilden, weil es bisher systematisch von aller Verwaltungsmittel und hinreichenden Bildungsmöglichkeiten ferngehalten wurde. — Die Vergesellschaftung der Großen ist zur Zeit das schlimmste Problem von allem. Als Gegenwartsforderung ist sie nicht durchführbar. Wir brauchen die Personalkredite der Banken und der großen Bankiers, vor allem für die Herbeibringung der Lebensmittel. Man lasse sich nicht von augenblicklichen Stimmungslagen hinführen! Wir müssen bleiben, was wir waren. Wir wollen nicht nach rechts, aber auch nicht nach links umlernen. (Beifall)

Genosse Krügel-München: In Bayern haben wir keine Abstimmungsabstimmung und es dadurch erreicht, die Arbeiter mit unserem Geist zu durchdringen. Es ist nicht dadurch vorwärts zu kommen, daß man auf die Reichssozialisten schimpft, man muß jene Leute durch Arbeit austrocknen. In Bayern ist Auer, der bayrische Scheidemann, bei seinen zionistischen Genossen bereits unmöglich gemacht worden. Reichssozialisten sind sehr viele tüchtige Kräfte, die wir gewinnen müssen. Die vielen Trennungswörter bringen nicht weiter. Es darf natürlich nicht heißen: Die Reichsozialisten sollen einen Schritt nach links, wir einen nach rechts machen. Die Entwicklung kann nur nach links gehen. Das bedeutet: Vorwärts! Jedes Hindernis muß abgeschüttelt werden, das die Revolution macht mit Rücksicht und Berechnung. Demokratische Bauernräte haben oft mehr Verständnis für die Revolution, als manche von der U.S.P. D. Mit dem Rätegedanken wird man sich mehr Bekanntschaft machen müssen als bisher. Die Räte haben die politischen und die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten. Wichtig für die Partei muß sein, die Genossen nicht nur körperlich, sondern auch geistig zu gewinnen, das heißt ihnen die Gedanken des Sozialismus wirklich zum geistigen Besitz zu machen. Dabei ist die Schaffung einer Jugendbewegung besonders wichtig.

Genosse Kirchmann-Berlin: Die innere Organisations der Partei muß anders werden. Der Verwaltungsausschuss der Behörden muß durch die Arbeiterräte bereinigt werden. Der Parlamentarismus kann und nicht mehr helfen. Eine Einigung kann nur erfolgen mit Deuten, die während des Krieges stets dem Klassenkampf treu geblieben sind.

Es wurde dann beschlossen, mit der Debatte Schluss zu machen, um zunächst den Bericht der Kommission anzuhören, die zur Vereinigung der Resolutionskommission Däumig und Haase eingesetzt war, und dann über diese eine neue Debatte zu eröffnen.

Es folgten noch einige persönliche Bemerkungen: Genosse Dieckhoff-Götha stellte fest, daß Genosse Haase gar nicht unterrichtet sein konnte von dem von Gottschling zitierten Flugblatt, das seinen Namen im Wahlkampf gegen die Partei auszunutzen suchte. — Genosse Herzfeld gab Aufklärungen über seine Tätigkeit in Bern. Er hätte sich in Bern zurückgezogen, weil Knauth vom Vorstand delegiert gewesen wäre und er, Herzfeld, nicht den Sitz in der Partei vor der Internationalen hätte darlegen wollen. — Genosse Barck-Götha: Ein Herr Gottschling hat hier den Mut gehabt, mich in einer Weise anzugreifen, gegen die ich es eigentlich nicht nötig hätte, mich zur Wehr zu setzen. Selbstverständlich konnte ich das Flugblatt nicht, das Neugierigen von mir gegen die Partei ausgesprochen gesandt hat. Sonst hätte ich mich natürlich dagegen gewehrt.

Gottschling ist im übrigen wegen ehrenrührigen Verhaltens gegen einen anderen Genossen aus der Partei ausgeschlossen. Dann kandidierte er im bürgerlichen Lager gegen unsere Partei. Ich habe allerdings die Haltung des Göthaer Volkstages, daß ganz die proletarischen Reichstagen vertritt, Gasse und andere Führer beizupflichten und nach kurz vor der Wahl die Unabhängigen beabsichtigt, nicht zuzugehen. Gottschling hat immer wieder gegen mich ausgespielt, ich sei zu alt. Dabei habe ich wahrlich das Kleinste in allen Kämpfen die in die letzte Zeit hinein zugehört. Mit solchen Worten ist es kein Vergnügen, sich heranzuschlagen. — Däumig nahm wieder Gottschling das Wort, um seinen 1900 erfolgten Ausscheiden aus der Partei als zu Unrecht erfolgt anzusehen und eine lange Darstellung seines „Todes“ zu geben. Er beantragte die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Sache. Allerdings habe er für die bürgerlichen Demokratie zu den Stadtverordnetenwahlen in Götha kandidiert, nachdem er aus der Partei ausgeschlossen gewesen wäre. — Genosse Dieckhoff erklärte, daß man wachsam mit Aufklärung und Nachfragen gehen müsse, ohne daß dieser dann eine Stellung genommen hätte. — Genosse Haase sagte die Schuld dem Göthaer Volkstags zu, das nichts dazu getan hätte, um die gen. zu machen nicht auszunutzen zurückzuführen. — Genosse Dieckhoff-Götha erklärte das noch, daß die nur Erfüllung des Volkstags den Wählern und die Möglichkeit gegeben habe, gegen die Agitation auszuführen.

Darauf trat die Kommission ein.

# In den Straßen Berlins.

Die Kämpfe, die in diesen Tagen in den Straßen Berlins sich abspielten, haben ihre Ende noch nicht erreicht. Geschossen wurde am Sonntag und Montag noch an den verschiedensten Stellen. Von heftigen Kämpfen wird noch aus dem Osten berichtet. Die in den Zeitungen veröffentlichten Berichte lesen sich wie Kriegsbücher. Die Bevölkerung ist in ständige Aufregung und in Schrecken versetzt. Viele Straßen, vor allem in der inneren Stadt, sind nur mit Schuttberge zu erreichen. Zahlreiche Häuser zeigen den Einbruch von Kanonenkugeln. Tausende von Fensterstücken sind gebrochen. Der Straßenbahnverkehr ruht noch immer. Der Trambahnverkehr im Innern der Stadt ist beengt. Drahtverbau an verschiedenen Stellen nötigen die Fuhrwerke bestimmte Wege zu nehmen. So haben wir gestern am Mühlentram ein Fuhrwerk auf dem Bürgerstein fahren. Die Postboten mühten den Nachdruck vorzugeben, aus welchen Gründen sich jeder Mann mit einem Fahrgeld oder mit einer Legitimation versehen muß.

Die in den Zeitungen veröffentlichten Berichte enthalten so viele Unklarheiten und Widersprüche, daß sich kein Mensch auch nur annähernd ein Bild machen kann von der wirklichen Sachlage. Gemeinlich ist allen Berichten, auch den amtlichen, daß die ganze Schieberei von Spartakisten in Szene gesetzt sei, die aus Häusern, von den Dächern oder aus allen möglichen Verstecken aus der Kaserne stießen ein mörderisches Feuer eröffnen. Ein Beweis, daß Spartakisten diese Schieberei veranlaßt haben, ist unserer Meinung nach noch keiner Richtung hin erbracht, wie überhaupt nicht der geringste Anhalt dafür vorliegt, daß die ganzen Kämpfe der letzten Woche irgend welchen politischen Untergrund haben. Die meisten dieser Anhaltspunkte sind, daß diese Kämpfe entstanden sind von bestimmten Truppen- und Sicherheitskategorien, die einen Kampf um ihre Existenz zu führen glauben. Es ist schon längst bekannt, daß die Republikanische Soldatenwehr eine mehr als die Hälfte zurückgeworfen wird. Dazu kommt die Auflösung der Sicherheitswehr; dazu gestellten sich noch Zivilisten, die erlitten über das Angehen der Roten Garde waren und nicht zusehen traut dann noch das Gros der Elemente in Aktion, die bei solchen Gelegenheiten trauen und plündern. Die Arbeiter, die in den Generalstreik traten, haben mit dieser sinnlosen Schieberei nicht das Mindeste zu tun. Aber es ist kein Zweifel, daß durch das Aufgeben der Truppen die Erbitterung weiter Stelle gestreut worden ist.

Es wird auch über eine Reihe von Bestialitäten vom Morgen malen berichtet, bei denen Anwesende der Regierungstruppen in der schändlichsten Weise gemißhandelt und getötet worden sein sollen. Vorkommnisse, die, wenn sie der Wahrheit entsprechen sollten, auf alle Fälle auf das Schärfste zur Sprache werden müssen. Andererseits wird berichtet, daß die harmlosesten Menschen, Frauen und Männer, einzelne selbst in ihren Wohnungen, ums Leben gekommen sind. Wir haben keinen Anhalt, weder das eine oder das andere zu bekräftigen oder zu widerlegen. Aber fest steht, daß in diesen Tagen furchtbar gelitten worden ist. Zur Illustration veröffentlichen eine Korrespondenz folgende Mitteilungen: „Die Zeitungsnachricht von der Ermordung der Drauzerei Wöhler in der Prenzlauer Allee und deren Errichtung zu einem ‚Zwei Eichhorn‘ ist erkunden. Wir waren am Sonntag in der Drauzerei und konnten uns persönlich davon überzeugen, daß dort kein einziger Spartakist zu sehen war. Alles war dort in bester Ordnung. Die Spartakisten sind nie in der Drauzerei gewesen.“

— An anderer Stelle dieses Blattes bringen wir noch mehrere solcher Dementis.

Weber das Vorgehen von Truppen an manchen Stellen veröffentlichen der ‚Vormärz‘ folgende Notiz:

Unter dem 3. März wird uns geschrieben: „Ist die rote Meute in den Straßen Berlins, bewies ich schon der Vorgang, den das Bismarck und unterließ sich davor, sich von dem Publikum in der Weinmeister- und Wormalstraße. Ganz unruhig stieß und ohne erkennbare Ursache erschienen gegen 12 Uhr etwa 60 Regierungssoldaten, von der Mühlentram kommend. Sie nahmen vor dem Bärenhaus zwei Aufstellung in zwei Reihen, mit der Front nach dem Polizeipräsidium. Ohne daß zum Aus-einandergehen aufgefordert worden war, trafen einige Soldaten, ich höre Raschdenangehörer und zwei dumpe Schläge von Handgranaten. In wenigen Sekunden war der Platz leer. Als Ergebnis dieser Bestialität junger Durstigen konnte ich etwa 8—10 Personen feststellen, die verletzt am Erdboden lagen, darunter eine Frau, die ich nicht mehr rührte.“

## Im Osten Berlins.

Vom gestrigen Montag wird von schweren Kämpfen im Osten berichtet. In der Warschauer, Andreasstraße und der Frankfurter Allee schreien Gewehr- und Schießfeuer die Einwohner. Es wird berichtet, daß mit Maschinengewehren und mit Minenwerfern von Dächern auf die Truppen geschossen wird und daß die Truppen das Feuer erwidern. Niemand wagt sich aus dem Hause. Schwere Treffer schlagen in die Häuser ein. Wer gefaßt wird, wird handrechtlich erschossen. Wiederum wird von Schreißenden berichtet, monach einzelne Soldaten von Zivilpersonen bestialisch behandelt worden sind. Bis 3 Uhr liegen in der Rettungsstelle 9 in der Warschauer Straße 50 Tote und Verwundete eingeliefert worden. 30 Eingebrochte sind von den Regierungstruppen handrechtlich erschossen worden.

Wie lange soll dieses entsetzliche Blutvergießen fort-dauern?

## Mantel halten!

Wie man behandelt wird, wenn man sich erlaubt, an den Westgarbienen Anteil zu haben, beweist folgender Vorgang, den das Mitglied des Volksgenrates, Genosse Wegmann, und ich Zeuge bin. Als ich am Sonnabend die Dautenstraße in Noobit passierte, schleppte man gerade einen Toten fort, der an der Ecke der Bismarckstraße von Regierungstruppen durch Kopfschüsse getötet war. Die betraugtesten Menschen waren in verschiedene Häuser gestürzt, und haben durch erregte Worte ihren Unwillen über die Regierungstruppen Ausdruck gegeben.

Drei Soldaten, mit der entsetzlichen Wüste in der Hand, durchschritten die Dautenstraße. Nachdem ich einen derselben, einen Wachmeister Lange von Regiment Molen, nach der Ursache der Schieberei fragte, gab er als Grund an, daß man sich doch nicht zum Marsch halten lasse. Wenn man mehrere Male auf „Straße frei“, und es werde dem seine Folge geleistet, dann würde eben geschossen. Auf meinen Hinweis, daß es gefaßt hier alles ruhig gewesen, die Arbeiter sich vor dem Streit, aber nicht an den Kämpfen beteiligt sei, daß der Kampf zwischen M. S. W. und Volksmarine-Division auf der einen und Regierungstruppen auf der anderen Seite um die Mutter-trippe getrieben würde, daß dieser die Uruppen immer erst dann richtig ansprechen, wenn Militär auftritt, erklärte mir der Herr Wachmeister, ich habe keine Truppe, und müßte mitkommen. Meine Ausrede halfen nichts, ich erklärte, mich nur der Gewalt zu beugen, und müßte mit zum Leiter der Truppe, einem Offizier-Stubbsverreiter. Demem geizig ich meine Ausrede, unter anderem eine Befestigung von Helmar Dattert vom A. S. W., von Scheidemann persönlich unterschrieben und mit dem Stempel der Regierung versehen. Es war ein Ausweis zur Verhandlung mit Kasse des Polizeikommandanten des Generalstreiks. Ich

wies darauf hin, daß ich auf dem Polizeibetrieb (zwei Häuser weiter) gemeldet sei, und mein Personalien dort einwandfrei fest-gestellt werden könnten. Es half nichts. „Was recht und Scheidemann an.“ Ein Staatsbeamter (anscheinend ein-geladener Schatzmann), den ich bei Gelegenheitsstellung sofort wiedererkennt wurde, brüllte mich in ungläubig frechem, ge-meinem Koferententönen an. Ich vertrat mir das entschieden. Während die Truppenführer kein Wort der Zurückweisung fanden. Auch ein wirklicher Schatzmann mit Arabischer Liek in demselben Ton, wie man ihn von früher her noch kennt, mit einer Belohnung zu teil geworden, als ich einen der Offizier-Stubbsverreiter im Laufe des Gesprächs mit „Haber Mann“ anredete. „Das ist kein Haber Mann!“ Ich dankte für diese Belohnung. Der Schatzmann muß es ja wissen. Auf einem Postauto, unter anderem mit zwei Munitionskartuschen beladen, wurde ich mit noch drei Soldaten transportiert, und was ich bei der Gelegenheit sah, trübte mir das Blut zu Kopfe. Die beiden ersten wurden beim Aussteigen auf den Postwagen von einigen der Staatsbeamten mit den schweren Säbeln ins Gesicht getreten, der dritte entging diesem Schicksal durch glückliches Klitzern. Einer dieser Soldaten war vertrieben, der mich vorher so anbrüllte, und den ich sofort wiedererkennen würde. Die Vorgeleiteten, ein-iglichlich eines Offiziers, hanteln und schämen zu, ohne ein Wort zu sagen. Nach der üblichen Warnung: „Bei Nicht-verstehen wird sofort geschossen“, ging zur Wache Wilhelmstraße und von dort zum Kriminalgericht, Zimmer 109. Nach langem Warten kam der Hauptmeister Lange zurück, prüfte meine Papiere nach-mals, notierte meine Adresse und ließ mich dann endlich gegen 11 1/2 Uhr frei.

An den Verhandlungen mit Kasse konnte ich dadurch leider nicht teilnehmen, und so will ich denn auf diesem Wege Herrn Reichswachmeister Kasse meine Meinung über „seine Truppen“ offenbaren: Wenn sich auf diese unglücklichen Truppen die Regierung nicht, ist ihr Entschluß bereits festgelegt. Wenn aber umgekehrt die Regierung diese Truppe stützt, und das tut sie, ist sie mit-schuldig an allen Verbrechen und Tötungen, die diese Gruppe auf dem Gewissen hat, und das sind nicht wenig.

## Das Blutbad in Lichtenberg.

### Feststellungen des Volksgenrates.

Über ein entsetzliches Blutbad in Lichtenberg berichtet die Zeitung. Danach soll die Verlegung des Postamtes in der Warschauerstraße 3—5 vollständig niedergemacht worden und die Postkasse ausgeraubt worden sein. Die Nachricht wurde mit allen Einzelheiten wiedergegeben, monach die Beamten an die Wand gestellt und erschossen worden seien. Das Volkliche Bureau meldete gestern:

Berlin, 9. März. T. T. Nach ihrem Mißerfolg in Berlin besetzten die Spartakisten gestern Abend Lichtenberg und unternahm einen Marschzug gegen die Polizei-wache des L. Bezirks, die am Dienstag einen Spartakisten-angriff unter befristigen Verhelfen abgewiesen hatte. Die Spartakisten ermordeten sämtliche Offiziere, Wachmeister und Soldaten.

Ein mit bewaffneten Soldaten besetztes Auto des De-lägements Mühlentram wurde von Spartakisten in der Warschauer Straße überfallen, die Besatzung von 7 Mann erschlagen. Eben-so wurde in der Gegend der Frankfurter Allee ein Auto des freiwilligen Marine-Regiments überfallen. Mit dem Tode der 4 Mann Besatzung muß selber gesendet werden. Sehen wurde eine Spartakistin beschossen, die nach dem Zeugnis einmündiger Zivilpersonen an der Tötung von mindestens 20 Soldaten aktiv beteiligt gewesen ist.

Die Spartakisten führen zur Zeit ihre Wüste, sich in Lichtenberg zu bekräftigen Widerstand zu leisten, aus. Das Polizeipräsidium wurde von ihnen gestürmt und sämtliche Bewohner mit Ausnahme des Sohnes des Polizeipräsidenten auf wüste Weise niedergemacht.

Ein Mittagsblatt mußte zu melden, daß etwa 150 Menschen auf entsprechende Weise den Tod gefunden haben.

Der Volksgenrat der Berliner K. und S. M. A. hatte am Montag vormittag eine Kommission nach Lichtenberg geschickt, die objektiv und gewissenhaft alle dortigen Vorgänge prüfen sollte. Nach dem, was diese Kommission feststellen konnte, erweiterte sich die ganze Presse-nachrichten als eine Lüge.

Die Postkassette, die nach diesen Nachrichten um etwa 60—80 000 Mark geraubt sein soll, ist vollständig un-entastet. Nur aus der Wohnung des Postdirektors sind einige Schmuckstücke mitgenommen worden. Um das Po-lizeipräsidium hat ein Kampf stattgefunden, der höchstens eine Viertelstunde gedauert hat, und bei dem ein Polizeibeamter im Kampf getötet, ein an-derer schwer verletzt wurde. Als dann die weiße Flagg angehoben wurde, konnte ein großer Teil der Volksebeamten, die insgesamt nur in einer Zahl von 50 Mann das Polizeipräsidium verteidigt hatten, entkommen, während der übrige Rest gefangen genommen wurde. Auch einem Teil dieser Gefangenen gelang es noch zu ent-fliehen, ein anderer Teil wurde wieder freigelassen.

In einer in der Nähe befindlichen Schule, wo sich ein Sanitätsdepot befindet, erklärte eine Witwe-Kassette, daß sie vorher in einem Depot in der Frankfurter Allee gewirkt habe (in der Dolmerstraße, wo nach bürgerlichen Presseberichten sich ein Sanitätsdepot befindet soll, existiert ein solches überhaupt nicht). Dort sei allerdings ein Polizeibeamter von den Aufständischen er-schossen worden, aber wohl in der Gegend darüber, daß dieser einem der Aufständischen ins Gesicht geschossen habe. Außerdem sei in diesem Depot nur noch ein Reiter-truppen-soldat, der im Kampf schwer verwundet worden war, ver-torben.

Nach der Nachricht, daß fünf Mann von den Aufständischen sofort erschossen sein sollen, meint ein Schwindel zu beruhen. Der Kommission wurde ein Poststafel genant, der dieses mit angelesen haben will. Die Kommission ließ sich diesen Herrn kommen und nun mußte dieser erklären, daß er selbst nichts gesehen habe, sondern daß es ihm erzählt worden sei. Er will allerdings die Leichen ge-liehen haben. Näheres mußte er aber nicht angeben.

In dem erwähnten Sanitätsdepot erklärte außerdem ein dort amtierender Sanitätsrat, daß die ganzen Er-zählungen von dem an die Wandstellen Schwindel seien.

In der Schule befindet sich nun, wo man sich die Kom-mission selbst überzeuge, ein verwundeter Regierungssoldat, und zwar ein Disziplinarweibel. Er erklärte, man habe ihn erschossen wollen. Man hat ihn dann in die Schule ge-schickt. Es sei ihm dort nichts geschahen. Er lag auf einem Strohlager, zwei Eier, ein Glas Milch und einige

Bikarren vor sich, und fühlte sich keiner ganz wohl. Die Schwester erklärte, daß sie verschiedene Regierungstruppen verbunden habe, u. a. auch einen Leutnant. Nach diesem sei nichts geschahen, das wisse sie ganz bestimmt. Einige Volksebeamte seien nach dem Friedrichshagen abdrückt worden; einige andere nach dem Depot in der Frankfurter Straße.

Die Lichtenberger Gas- und Elektrizitätsarbeiter, die zuerst aus Rechtssozialisten bestanden, erklärten, daß sie die Arbeit nicht eher aufnehmen werden, bis die Regierungstruppen aus Lichtenberg heraus sind. Es bedurfte der ganzen Ueberredungskunst eines Kommissionsmit-glieds, die Leute zu bewegen, daß das Wasserwerk wenigstens soweit im Betrieb bleibt, daß die Gaswerke nicht davon betroffen werden. Das wurde schließlich ausfinden. Die Vertrauensmänner wählten eine Kommission, die mit Kasse verhandeln soll. Die Verhandlungen fanden Mon-tag nachmittags 5 Uhr statt. Die Lichtenberger Bevölkerung ist furchtbar erregt.

Am Montag mittag sind wieder größere Truppen-massen über die Warschauer Brücke nach Lichtenberg mar-schiert. Schon am Vormittag ist wahllos von Regierungstruppen mit Minen hineingekommen worden, wodurch verschiedene Häuser getroffen wurden. Die Frankfurter Allee ist ziemlich demoliert. Bäume und Straßenbahnmasten sind zum Teil umgerissen, eine Anzahl Frauen und Kinder ge-tötet und verwundet. Die Opfer sind meistens aus der Zivilbevölkerung, also unbeteiligte Personen.

Die obigen Feststellungen erlauben ein ganz anderes Bild als die blutrünstigen Schilderungen der gesamten Presse, die nur die Wut weiter aufstockt, ohne Sinn und Verstand. Unsere Verurteilung der wahren Lich-tenberger Schieberei bleibt bestehen.

## Greuel und Ehen.

Die Luft ist schwarz von „Spartakus-Grünen“. Wir wollen glauben, daß in der durch Straßenkämpfe hervor-gelieferten Erbitterung manche Verbrechen und unmenschliche Taten geschäht. Aber solche Verbrechen geschehen immer auf beiden Seiten. Wir beklagen und verurteilen sie, von wem immer sie geschehen mögen.

Aber wir warnen vor den einseitigen Greuelbe-richtungen und Legenden, die ausgenutzt von falschen und ganz-amtlicher Seite in die Welt gesetzt werden. Schon jetzt läßt sich sagen, daß ein großer, ja der größte Teil, all der Nachrichten übertrieben, ja, zum Teil frei erfunden ist, die von Untaten und Bestialitäten der Spartakuskämpfer zu berichten wissen. Wir greifen die auffallendsten Fälle heraus:

1. Es hieß: Die Volksbühne sei von Spartakisten ge-griffen und völlig zerstört. — Heute meldet die Diktatur: Die Volksbühne ist zwar durchnäht, aber von keiner Seite zerstört worden.

2. Es hieß: Das Bärenhaus Liek sei vollkommen ausgeplündert. — In Wahrheit sind einige Schaufelkerfische ge-trümmert.

3. Es hieß: Die Wöhler-Drauzerei sei von den Spar-takus-Kämpfern zu einer wilden Festung umgebaut und „Dort Wöhler“ gefaßt. Durch diese Artillerie-Schüsse hätten dort gelobt haben. In derselben Nummer, in der das „Volkliche Tagesblatt“ diese Nachrichten verbreitet, muß es aber schon ge-schrieben, daß der Chef der Drauzerei erklärt, das Wöhler-Drauzerei sei weder von Spartakisten beschl. noch von Regie-rungstruppen ergriffen.

4. Es hieß (in dem offiziellen Bericht der Garde-Re-giment-Schühndivision): „Neuzeitliche Methoden der Spartakisten aus Flugzeuge zum Angriff auf friedliche Bürger Berlins an. Flugzeuge der Spartakisten ge-planten Pliegerabteilung in Kolibus haben außerhalb der im Kampf befindlichen Stadtgebäude Bomben auf Ansammlungen von Zivilisten abgeworfen und erhebliche Verluste verursacht.“

Demgegenüber muß Volkliche Bureau dementieren:

Demgegenüber den Mitteilungen eines Teiles der Presse stellt die Inspektion der Fliegertruppen auf Grund persönlicher Ge-sprechungen fest: Der Fliegerchor Kolibus hat hinter der Reichsregierung. Er hat die Verteidigung über Regie-rung der Kommandobegabung vom 10. Januar 1919 anerkannt. Flugzeuge sind auf der Fliegerstation Kolibus nur gestartet, um Flugblätter der Regierung beschlößigmäßig über schän-digen Osten abzuwerfen. Demzufolge entsprechen alle An-forderungen über die Beteiligung von Flugzeugen des Flieger-chorhies Kolibus an den Straßenkämpfen in Berlin auf der Seite der Aufständischen nicht der Wahrheit.

5. Es hieß: Der Liek- und Schalkshof sei von den Spartakisten gestürmt und geplündert. — Kein Wort davon ist wahr.

6. Die furchtbaren Nachrichten kamen aus Lichtenberg. Dort sollten die Spartakuskämpfer, solange sie herrschten, geradezu bestialisch gehaßt haben. Alle Zeitungen brachten spanienlange Berichte und Artikel mit haarsträubenden Einzel-heiten. Einige sprachen von 60, andere von 150 ermorde-ten Polizeibeamten. Gestern Abend mußte aber der „Vormärz“ schon zugeben, daß nur 7 Kriminalwacht-meister ermordet seien.

Und heute bringen wir (an anderer Stelle) einen Bericht des Volksgenrates, der von zwei erschossenen Polizisten spricht, von denen zwei im Kampf gefallen sind.

Ohne Zweifel sind die Vorgänge in Lichtenberg noch nicht restlos aufgeklärt. Aber schon die Tatsache, daß zu gleicher Zeit von 150, 60, 7 und 3 Toten gemeldet wird, ist bezeichnend und beweist, mit welcher Begeisterung die Presse unkontrollier-bar und wilde Schreckensnachrichten verbreitet.

Der Aweck liegt auf der Hand. Man will die Bestialei-zung denutzigen und die öffentliche Meinung gegen jede Art von Revolution erbitern. Das hat man erreicht.

Aber man hat noch mehr erreicht. Und das ist die ernsteste Seite des Falls. Auf Grund eines Briefes z. T. erlegenen z. T. übertriebenen Greuelnachrichten, von denen die meisten sich schon jetzt als erlogen herausstellen, hat Kasse das Standrecht ver-hängt. Und auf Grund dieses Standrechts sind, wie das „Volkliche Abendblatt“ meldet, heute bereits an nur einer einzigen Stelle 50 gefangene Spartakuskämpfer erschossen.

Und an dieser Stellung ist leider nicht zu zweifeln. Es steht aber fest, daß sich die brüderliche Magnanimität der stand-rechtlichen Erschießung aller Gefangenen aufbaut auf nachweisbar falschen Greuelmeldungen.

So noch mehr als das. Schon der Verhängung des Stand-rechts haben die Regierungstruppen genau das getan, was sie den Spartakuskämpfern als Bestialität beweisen. Sie haben

